

Im Herbst 2003 erhob der türkische Premierminister Erdogan das Projekt „EU-Beitritt“ zum nationalen Ziel. Um die türkischen Gesetze mit der EU zu harmonisieren, setzte die Regierung seit Frühjahr 2002 zwei umfangreiche Verfassungsänderungen und acht Harmonisierungspakete durch, die einen grundlegenden innenpolitischen und gesellschaftlichen Wandel implizieren. Die Reformen betreffen Schlüsselbereiche wie Menschen- und Bürgerrechte, Minderheitenschutz, die Justiz und die Rolle des Militärs.

Der EU-Beitritt wird von zwei Drittel der Bevölkerung befürwortet.¹ Die traditionelle Orientierung von Reformvorhaben in der Türkei an der europäischen Entwicklung und die seit der Gründung der modernen Türkei 1923 noch akzentuierte Europa-Orientierung kann diese Zustimmungsrate nur unzureichend erklären. Das Tempo und der Umfang des Reformprozesses verwundern angesichts einer wirtschaftlich und politisch krisengeschüttelten jüngsten Vergangenheit der Türkei. Und es verwundert noch mehr, dass ausgerechnet eine Regierung wie die der islamisch geprägten AKP (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung) die Europäisierung der Türkei vollenden möchte.

Zusätzlich müssen die Beweggründe der türkischen Akteure vor dem Hintergrund dreier wichtiger Ereignisse in den vergangenen Jahren gesehen werden:

- Als die Staats- und Regierungschefs der EU auf ihrem Gipfeltreffen 1999 in Helsinki der Türkei offiziell den Status eines Beitrittskandidaten verliehen, stieg in den Augen der türkischen politischen Elite und Öffentlichkeit die Glaubwürdigkeit der EU im Hinblick auf die Bereitschaft, die Türkei als Mitglied aufzunehmen.
- Die Finanz- und Wirtschaftskrise 2000/2001, die eine Welle von Unternehmenskonkursen und Massenentlassungen auslöste, traf alle gesellschaftlichen Schichten und erhöhte die Attraktivität der möglichen materiellen Vorteile einer EU-Mitgliedschaft.

* Dipl.-Volkswirtin und Beraterin, Steinenbronn

1 In Umfragen des türkischen Pollmark Unternehmens stimmten im Januar diesen Jahres noch 70,6% der Befragten für einen EU-Beitritt, im März 63,5% (Pollmark, 2005).

Hatice Aslan *

Hoffnungen und Befürchtungen angesichts des EU-Beitritts

Ein Überblick über die innertürkische Debatte

- Der Irak-Krieg, der die traditionell enge Beziehung zu den USA abkühlte, ließ schließlich eine engere Bindung an die EU in einem anderen Licht erscheinen (Önis, 2004, 5-7).

Die Anpassung an die EU beruht insbesondere auf wirtschaftlichen und politischen Beitrittskriterien und wird tief greifende Umwälzungen für die gesamte türkische Bevölkerung mit sich bringen. Daher soll zunächst eine gesamtgesellschaftliche Bilanz über die „Gewinner“ und die „Verlierer“ eines möglichen EU-Beitritts der Türkei aufgestellt werden. Anschließend werden Kernkonflikte im Zusammenhang mit einem EU-Beitritt behandelt.

Drei Bereiche, Wirtschaft, Gesellschaft und Politik, werden näher untersucht; zudem soll eine detaillierte Analyse der möglichen Kosten und Nutzen im Hinblick auf einen EU-Beitritt zusammengestellt werden. Welche Bevölkerungsgruppen erwarten - zu Recht oder zu Unrecht - welche Veränderungen ihrer Situation in Folge eines Beitritts?

Wirtschaftliche und politische Auswirkungen des EU-Beitritts

Bevor auf die politischen und wirtschaftlichen Auswirkungen des Beitritts auf ausgewählte Bevölkerungsgruppen eingegangen wird, werden kurz die wichtigsten Bedingungen des Beitritts, die Kopenhagener Kriterien, erläutert und in ihrem Wirken umrissen.

Die Kopenhagener Kriterien als Grundlage des Beitritts

Die erste Beitrittspartnerschaft mit der Türkei wurde 2001 angenommen und 2003 überarbeitet. In seinem Beschluss vom 19. Mai 2003 hat der Europäische Rat die Grundsätze, Prioritäten, Zwischenziele und Bedingungen der Beitrittspartnerschaft mit der Türkei festgelegt. Sie beruhen auf den so genannten **Kopenhagener Beitrittskriterien**. Diese fordern:

„ - *institutionelle Stabilität des Beitrittskandidaten als*

Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, für die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und den Schutz von Minderheiten (**politische Beitrittskriterien**);

- funktionsfähige Marktwirtschaft sowie die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standzuhalten (**wirtschaftliche Beitrittskriterien**);

- die Fähigkeit, die aus der Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen zu übernehmen und sich auch die Ziele der politischen Union sowie der Wirtschafts- und Währungsunion zu eigen zu machen (**Übernahme des *acquis communautaire***)“ (Europäischer Rat, 2003).

- die Fähigkeit der Union, neue Mitglieder aufzunehmen, dabei jedoch die Stoßkraft der europäischen Integration zu erhalten (OEIES, 2004: 2).

Auf der Grundlage dieser Kriterien hat die türkische Regierung ein umfangreiches "Nationales Programm" zur Übernahme des europäischen Rechtsbestands ("*acquis communautaire*") entwickelt, aus dem sich folgende Auswirkungen ergeben:

Wirtschaftliche Auswirkungen im Verlauf der Harmonisierung mit der EU basieren in erster Linie auf den wirtschaftlichen Kopenhagener Kriterien und der Übernahme des Gemeinschaftlichen Besitzstandes (*acquis communautaire*), für deren Umsetzung die Beitrittskandidatin Türkei bedeutende finanzielle sowie andere Formen der Unterstützung von der EU erhält. Positive ökonomische Effekte in der türkischen Wirtschaft machten sich bereits innerhalb eines kurzen Zeitraums bemerkbar, beispielsweise in Form von radikal reduzierten Inflationsraten oder einem deutlich höheren Zustrom von ausländischen Investitionen. Diese Entwicklungen spiegeln auch bereits erfolgte institutionelle Veränderungen in der türkischen Ökonomie wider.

Die erwarteten positiven Auswirkungen in Folge der Umsetzung der **politischen Kopenhagener Kriterien** umfassen die Bereiche Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Minderheitenschutz, Menschen- und Bürgerrechte, insbesondere die rechtliche Gleichstellung der Geschlechter und die Beendigung von Diskriminierung auf der Grundlage von Geschlecht, Religion, Ethnie, Weltanschauung, etc. sowie die Gewährleistung von Diversität. Ein Großteil der hierfür notwendigen Angleichung der nationalen Gesetzgebung der Türkei ist bereits erfolgt.

Die türkische Regierung erhofft sich von einem Beitritt darüber hinaus weitere positive Auswirkungen wie Budgeteffekte, politisches Gewicht innerhalb der EU

oder die Beweisführung der Vereinbarkeit von Demokratie und Islam. Dabei ist sie sich der großen Unsicherheiten bewusst, die im Beitrittsprozess beispielsweise auf der Grundlage des **vierten Beitrittskriteriums - der Aufnahmefähigkeit der Union** - entstehen können.

Der legislative Reformprozess in der Türkei wurde innerhalb von wenigen Jahren vollzogen. Die Umsetzung der Reformen in die Praxis hingegen wird ein Vielfaches an Zeit erfordern, da sie nicht nur eine technische Mammutaufgabe ist, sondern zudem noch einen Wandel in den Einstellungen und Verhaltensweisen voraussetzt. Die gesamtgesellschaftliche Verinnerlichung der neuen Rechte könnte (oder müsste) auch ein neues Verständnis von Identität im Sinne von multikultureller, multireligiöser und multikonfessioneller Identität implizieren. Bei der Verwirklichung der politischen Beitrittskriterien wird der Druck von außen, also das Wissen um die im Verhandlungsrahmen mit der Türkei eingebaute „Notbremse“ ebenfalls eine Rolle spielen. Von dieser kann die EU-Kommission Gebrauch machen, wenn ihrem Ermessen nach die Türkei im Beitrittsprozess die politischen Kriterien nicht „ernsthaft und nachhaltig“ erfüllt. Letztlich würde der Europäische Rat über den Fortgang oder den Abbruch der Beitrittsverhandlungen bestimmen.

Überzogene Hoffnungen

Die türkische Bevölkerung verbindet mit dem möglichen EU-Beitritt ihres Landes vielfältige Hoffnungen. Nicht alle Bevölkerungsgruppen werden jedoch profitieren können:

Der Beschäftigungsabbau im Agrarsektor und das damit verbundene zunehmende Ausscheiden von Frauen aus dem Arbeitsmarkt sind bereits im Gange. Dies liegt weniger an einer möglichen EU-Mitgliedschaft der Türkei als vielmehr an der ohnehin notwendigen Strukturveränderung. Jedoch dürfte der Beitrittsprozess den Strukturwandel in der türkischen Landwirtschaft beschleunigen und intensivieren und somit auch seine unerwünschten Folgeerscheinungen. Für den (unabhängig von einem EU-Beitritt) notwendigen Strukturwandel in der Landwirtschaft und zur Überwindung der dualen Wirtschaftsstruktur würde die Türkei unter den derzeitigen Regelungen und Förderstrukturen der EU massive Hilfe erhalten, vorausgesetzt dass die EU-Kommission und der Europäische Rat die im Verhandlungsrahmen eingebauten Schutzklauseln nicht zur Anwendung kommen lassen. Jedoch ist unklar, welcher Anteil der von den Umwälzungen betroffenen Bevölkerung von den Fördermaßnahmen

profitieren kann. Diejenigen Bevölkerungsteile, die heute ohne soziale Absicherung und Bildung unbezahlte Arbeit leisten, werden voraussichtlich am wenigsten für (Weiter-) Bildungsmaßnahmen in Frage kommen, die beispielsweise für produktivere Arbeitsplätze qualifizieren. Derartige Maßnahmen setzen in der Regel ein Mindestmaß an Bildung voraus. Ferner sind sie als unbezahlte Beschäftigte in offiziellen Statistiken nicht namentlich erfasst. Dies erschwert ebenfalls ihre Teilhabe am Nutzen des Harmonisierungsprozesses. Sollte die politische Führung der Türkei den betroffenen Bevölkerungsgruppen nicht besondere Aufmerksamkeit widmen und sie explizit zur Zielgruppe entsprechend angepasster Maßnahmen und Projekte machen, werden diese Arbeitskräfte am ehesten ins Hintertreffen geraten. Vor diesem Hintergrund ist die mehrheitliche Zustimmungsrate zu einem EU-Beitritt von Frauen und Kurden insbesondere in den agrarisch geprägten, unterentwickelten Regionen, schwer nachzuvollziehen. Die Mehrheit der Kurden lebt in diesen ländlichen Gebieten. Das bedeutet, sie sowie weibliche Arbeitskräfte könnten möglicherweise von den agrarischen Strukturereformen enorme Nachteile erfahren. Zwei mögliche Erklärungen gibt es für ihre mehrheitliche Zustimmung zu einem EU-Beitritt: Entweder sie ahnen nicht, welche wirtschaftlichen Nachteile auf sie zukommen, oder sie schätzen die politischen und rechtlichen Vorteile aus einem EU-Beitritt höher ein als den Verlust ihrer Einkommensquellen.

Auch die Textil- und Bekleidungsindustrie in der Türkei gehört möglicherweise zu den Akteuren, deren Erwartungen an einen EU-Beitritt überzogen sind. Ihr Appell an die eigene Regierung und an die EU, sie weiterhin zu fördern und handelsrechtliche Schutzmaßnahmen gegen die ausländische Konkurrenz zu ergreifen, wird im weiteren Integrationsprozess mit der EU kein Gehör finden. Von nun an kommt es auf die eigenen Ressourcen und auf die eigene Fähigkeit der türkischen Textil- und Bekleidungsindustrie an, auf den neuen hohen Wettbewerbsdruck zu reagieren.

Befürworter und Gegner eines EU-Beitritts

Unter den *Befürwortern eines EU-Beitritts* finden sich die Akteure, die folgende Auswirkungen (vor und nach einem Beitritt) erwarten und erhoffen: Wachstum und Wohlstandssteigerung auf der Grundlage von makroökonomischer Stabilität, Zufluss von Auslandsinvestitionen, Korruptionsbekämpfung, finanzielle und sonstige Anpassungshilfen sowie einen hohen Anteil am EU-Haushalt, Wettbewerbsfähigkeit der kleinen und mittelständischen Unternehmen und neue Absatzmärkte.

Zu diesen Akteuren zählen die wirtschaftlichen Akteure (große und mittelständische Unternehmen), der Tourismus, die Regierung, Kommunalverwaltungen, Gewerkschaften sowie das Wählerpotenzial, das sich als stark religiös und politisch rechts einordnet. Nach einem EU-Beitritt würde insbesondere der Dienstleistungssektor zu den Nutznießern zählen. Diese Gewinner müssen aber hinsichtlich der Freizügigkeit des Faktors Arbeit Abstriche machen. Freier Personenverkehr wird vermutlich erst nach 2025 realisierbar sein.

Türkische Unternehmen sowie zivilgesellschaftliche Akteure (z. B. TÜSIAD), gründeten zusammen mit anderen Nichtregierungsorganisationen schon sehr früh die erste pro-EU-Koalition (Müftüoğlu, 2004c). Nach dem EU-Gipfel in Helsinki kamen eine starke zivilgesellschaftliche Koalition und wichtige Teile der staatlichen Bürokratie hinzu. Von der Wirtschaft finanzierte Privat-Universitäten sind ebenfalls aktive EU-Lobbyisten (Zaptcioğlu, 2004). Parteien zogen spät nach (Önis, 2004: 6). Auffällig ist, dass Kurden und Aleviten in der europäischen Diaspora den Beitrittsprozess forcieren - vermutlich weil sie die in der EU gelebte Freiheit auch in der Türkei verwirklichen wollen; dies trifft teilweise auch auf EU-freundliche Islamisten zu. Eine weitere Allianz für den EU-Beitritt bilden pro-europäische intellektuelle und gemäßigte Islamisten.

Aufgrund der Umsetzung der Kriterien können sich religiöse und ethnische Minderheiten, ein großer Anteil der sunnitischen Bevölkerung, zivilgesellschaftliche Organisationen einschließlich der Frauenbewegung, Medien, Gewerkschaften, Mitte-Rechts und pro-kurdische Parteien und ihre Wählerschaften sowie das Wählerpotenzial der CHP ebenfalls zu den Gewinnern des Beitrittsprozesses zählen.

Den stärksten Beitrittsbefürwortern, den Aleviten und Kurden, garantiert die Beitrittsperspektive die Erfüllung ihrer Kernforderungen - nämlich die offizielle Anerkennung ihrer muslimischen bzw. nationalen Identität - nicht. So könnten sie als Verlierer eines EU-Beitritts erscheinen. In einer langfristigen Perspektive könnte sich für sie aus dem Beitrittsprozess dennoch der erwartete Nutzen ergeben.

Die *Gegner des EU-Beitritts* sind nicht eindeutig kategorisierbar. Mehrheitlich gegen einen EU-Beitritt äußern sich die Wähler der (radikal-)islamistischen SP mit 57% „Nein“-Stimmen, die einen Gottesstaat vor einer demokratischen Staatsordnung vorziehen (Yılmaz, 2005b).

Die Mehrheit der türkischen Nationalisten hält daran fest, dass die EU die Türkei niemals aufnehmen werde. Trotzdem stimmten in einer Umfrage 60% der Wähler der rechts-nationalistischen MHP für einen EU-Beitritt. Die Unbeugsamen unter den Nationalisten hingegen

könnten durch einem EU-Beitritt in vielerlei Hinsicht verlieren, daher nehmen sie in Hinblick auf die möglichen Kernkonflikte mit der EU türkische Identität, Zypernfrage oder Zollunion eine kompromisslose Haltung ein. In Bezug auf die Zollunion fordern sie beispielsweise, ob mit oder ohne EU-Beitritt, eine Revision und plädieren für eine selbstbewusste Beziehung zur EU, die den nationalen Interessen der Türkei gerechter wird (Zapcioglu, 2004). Sie befürchten als Folgen eines EU-Beitritts die Aufgabe der nationalen Einheit, der nationalen Identität (Stichwort „Enttürkifizierung“) und Souveränität, den „Ausverkauf“ der Türkei an Ausländer und im Extremfall sogar die Spaltung der Türkei. Deshalb wehren sie sich gegen die „asymmetrischen Machtverhältnisse“ in der Zollunion mit der EU, gegen die Aufgabe von Zypern und der Ägäis zu einem Zeitpunkt, der vor einem EU-Beitritt liegt und gegen die Annahme von Rechten, die Diversität fördern.

Umfrageergebnisse für die kemalistisch-laizistischen Kreise in der Türkei liegen nicht vor. Jedoch kann davon ausgegangen werden, dass von ihnen zumindest eine knappe Mehrheit einem EU-Beitritt zustimmen würde. Das Militär hat seine formale politische Macht bereits abgegeben, d.h. seiner eigenen Entmachtung zugestimmt. Dennoch hält unter den Militärs gerade im Zuge einer EU-Anpassung die Angst vor einer Spaltung der Türkei oder einer Reislamisierung an.

Die Kommunisten in der Türkei und teilweise auch Globalisierungsgegner sind ebenfalls gegen eine EU-Mitgliedschaft der Türkei, weil sie einen „Kapitalismus à la EU“ in der Türkei verhindern wollen. Sie verlangen ebenfalls eine Revision der Zollunion.

Die Anti-EU-Bewegung setzt sich zusammen aus den *Hardlinern* des Militärs, der rechts-nationalistischen MHP, Marxisten sowie radikalen Islamisten. Diese Opposition zum EU-Beitritt lehnt jede Anpassung an die EU ab, weil sie davon ein „schlechteres Leben“ erwartet (Cremer et al., 2004: 32).

Die türkische Opposition gegen den EU-Beitritt ist zahlenmäßig vernachlässigbar. Aber sie verfügt über ein großes Einflusspotenzial, da sie vom „Staat im Untergrund“ (derin devlet) und von Teilen des Militärs unterstützt wird, die immer noch über bedeutende informelle politische und auch wirtschaftliche Macht verfügen. Die so genannte „Roter Apfel-Koalition“ ist das aktive Bündnis der EU-Gegner (Cremer et al., 2004: 31-32).

Nach Ansicht des Islamwissenschaftlers Agai bietet die EU für fast jede(n) etwas, vor allem die Erfüllung vom Traum von Freiheit, Humanität, Modernisierung und Fortschritt aller, die sich unterdrückt und misshandelt fühlen - und das sind viele in der Türkei. Die Türkei ist ein „echter Nationalstaat“, der mit seinem Erbe un-

kritisch umgegangen ist und nun innenpolitisch viele Konzessionen machen muss.

Wie wird sich das Verhältnis zwischen Beitrittsgegnern und -befürwortern in der Türkei zukünftig entwickeln? Die überwältigende Zustimmung zu einem EU-Beitritt hängt im Wesentlichen von drei Faktoren ab:

- Sie wird fortbestehen, solange die AKP-Regierung ihre Glaubwürdigkeit in der Frage des EU-Beitritts bewahrt.
- Die Haltung der Bevölkerung in der Beitrittsfrage ist stark davon abhängig, wie glaubwürdig die EU in ihren Augen erscheint. Die Angst vor einer Ablehnung durch die EU ist weit verbreitet. In einer Umfrage kamen für 60% „Angst, von der EU abgelehnt zu werden“ an erster Stelle, lange vor der Angst aus historischer Erinnerung heraus, religiöser Angst, Angst vor Separatismus oder Verlust von moralischen Werten; Yilmaz, 2005a und 2005b: 18). Nach dem doppelten „Nein“ zur EU-Verfassung kamen selbst unter den stärksten EU-Befürwortern erste Zweifel auf, ob es sich lohne, Beitrittsverhandlungen zu beginnen, die viele Jahre andauern werden.
- Das Militär genießt in der Zivilbevölkerung traditionell ein höheres Ansehen und größere Glaubwürdigkeit als die politische Klasse. Dies ist besonders kritisch, denn je zögerlicher oder ablehnender die EU in der Türkei wahrgenommen wird, umso schwächer wird auch die Legitimation der Regierung (EU Commission, 2004). Daran haben die eher positiven Erfahrungen der wenigen vergangenen Jahre mit der AKP-Regierung grundsätzlich nichts geändert. Das doppelte „Nein“ zur EU-Verfassung nutzen die türkischen Beitrittsgegner als Bestätigung ihrer eigenen Argumentation.

Ab wann könnte die Stimmung in der Beitrittsfrage kippen? Diesbezüglich scheinen externe Faktoren, in der Hauptsache die Haltung der EU zum Türkei-Beitritt, eine gewichtigere, ja entscheidendere Rolle zu spielen als die eigenen Beweggründe für eine EU-Mitgliedschaft. Unterstützt wird diese Schlussfolgerung auch von der Tatsache, dass Kosten-Nutzen-Abwägungen eines EU-Beitritts in der breiten Gesellschaft nur selten auf ausreichendem Wissen über die EU beruhen. Weit über zwei Drittel gaben in einer Eurobarometer-Umfrage an, *nicht* über die EU informiert zu sein (EU Commission, 2005c). Erwähnenswert ist auch, dass sich in türkischen Medien, aber auch in Internetportalen häufiger Stellungnahmen finden, die die Vorteile einer EU-Mitgliedschaft der Türkei *für die EU* herausstellen. Im Vergleich dazu sind nüchterne und sachliche Diskussionen über die Auswirkungen eines EU-Beitritts auf das eigene Land kaum bis gar nicht zu finden. Aus

der Eurobarometer-Umfrage geht auch hervor, dass vorhandenes Wissen über die EU hauptsächlich auf der Berichterstattung des türkischen Fernsehens und türkischer Tageszeitungen beruht. Diese Berichterstattung wird von der türkischen Öffentlichkeit als „umfangreich“ bewertet (EU Commission, 2005c).

Laut Aydın & Keyman spielte die EU eine immer wichtigere Rolle im Wandel der Beziehungen zwischen Staat und Bevölkerung in der Türkei. Die Annahme liegt nahe, dass die Betonung von kulturellen, Menschen- und Bürgerrechten oder individuellen Freiheiten und demokratischen Prinzipien in den Forderungen der EU an die Türkei in der Berichterstattung der türkischen Medien wiedergegeben wird. Vermutlich entstand in den letzten Jahren auf diese Weise in der türkischen Bevölkerung ein Gefühl, wofür die EU *allgemein* steht, und daraus schlussfolgernd die positiven Erwartungen an einen EU-Beitritt, ohne zu wissen, welche *konkreten* neuen Rechte sich im Einzelnen für sie im Falle eines EU-Beitritts der Türkei tatsächlich ergeben würden.

Die vier Kernkonflikte: Landwirtschaft, Zollunion, Zypern und nationale Identität

Viele Themen in der Beitrittsfrage führen zwischen türkischen Beitrittsbefürwortern und Beitrittsgegnern zu kontroversen Diskussionen. Nachfolgend werden hier die wichtigsten Kernkonflikte eingehender behandelt.

Die Auseinandersetzung über soziale Sicherheit, Arbeitnehmerrechte und Bildung im Kontext von *Landwirtschaft und ländlicher Entwicklung* ist besonders wichtig, da die Auswirkungen eines EU-Beitritts einen großen Teil der türkischen Bevölkerung betrifft: die ärmeren Schichten mit niedrigem Bildungsniveau und ohne sozialen Schutz in den ländlichen Regionen der Türkei.

Ein ökonomisches Streitthema ist die *Zollunion* der Türkei mit der EU. Der *Konflikt um Zypern* wird ebenfalls (aufgrund seiner Aktualität und der möglicherweise entscheidenden Bedeutung für den Fortgang des Beitrittsprozesses) ausführlicher beleuchtet. Schließlich haben die politischen Beitrittskriterien zu Menschenrechten und Minderheitenschutz die Frage nach der *Identität der türkischen Bevölkerung* in den Vordergrund gerückt. Diese Debatte wird von allen Seiten sehr emotional geführt und rüttelt an den Grundfesten der Republik.

Landwirtschaft & ländliche Entwicklung

Die Auswirkungen des EU-Beitritts auf die soziale Lage besonders der ländlichen Bevölkerung sind umstritten. Im Gegensatz zu manchen Vertretern aus Gewerkschaften und der Industrie oder auch anderen Interessengruppen haben Kapitalismuskritiker wie beispielsweise Özgür Müftüoğlu und Feministinnen wie Filiz Koçali große Zweifel daran, dass der Zugewinn an Arbeitnehmer- und sozialen Rechten und die der Türkei zustehenden EU-Mittel den massiven Wegfall von Einkommensquellen türkischer Bauern ausgleichen und darüber hinaus noch die mangelhaften Perspektiven für die ländliche Bevölkerung verbessern könnten. Müftüoğlu erhebt gegen Gewerkschaftsvertreter und Experten den Vorwurf, die Anpassung an die EU den Arbeitnehmern als „Rettungsanker“ zu verkaufen, anstatt ihnen die „Erosion“ von Arbeitnehmerrechten klarzumachen, die der Beitrittsprozess mit sich bringen würde. Die Beweggründe dieser Experten, vermutet Müftüoğlu, sind in ihren Beziehungen zu bestimmten zivilgesellschaftlichen Institutionen in der EU zu finden und in den Mitteln, die ihnen aus verschiedenen EU-Quellen stärker zufließen würden (Müftüoğlu, 2004). Koçali gibt zu Bedenken, dass in Mitgliedsländern der EU seit etwa zehn Jahren ein Abbau des Sozialstaates zu beobachten ist, und deshalb die Realisierbarkeit der neuen Rechte in der Türkei in diesem Lichte zu betrachten sei (Gözke, 7.10.2004). Ihrer Meinung nach sind die positiven Erwartungen vieler Frauenorganisationen, wie umfassende Bildungsmöglichkeiten und soziale Absicherung, gerade in Bezug auf Frauen aus ländlichen Gebieten nicht realistisch, da letztere Analphabetinnen und unbezahlte Arbeitskräfte der familieneigenen Kleinbauernhöfe sind (Köylü, 7.1.2005).

Im Falle des türkischen Landwirtschaftssektors kann die Betrachtung der möglichen Auswirkungen eines EU-Beitritts auf aggregierter Ebene hinsichtlich bestimmter Teile der Bevölkerung unzutreffend sein. Differenzierungen nach Stadt-Land, Regionen oder den Geschlechtern sind erforderlich.

Das potenzielle Ausmaß der Unterstützung für die Landwirtschaft und die ländliche Entwicklung in der Türkei durch mögliche EU-Anpassungshilfen ist beachtlich. Insbesondere die Umstellung auf direkte Einkommenszahlungen für Landwirte im Rahmen der agrarpolitischen Reformen sorgt zumindest teilweise für einen Ausgleich der Anpassungskosten (Çakmak, 2004: 32). Jedoch muss berücksichtigt werden, dass die EU unter Umständen gerade in den Bereichen Landwirtschaft und Strukturpolitik Ausnahmeregelungen oder gar dauerhafte Schutzklausel einführen kann (Euractiv, 30.6.2005).

Eine Erweiterung der Zollunion auf Agrargüter wird türkischen Produzenten vermutlich mehr Wohlfahrtsverluste als -gewinne einbringen, und zwar aus zwei Gründen. Zum einen weist die türkische Volkswirtschaft generell einen relativ hohen Offenheitsgrad auf, unverarbeitete Agrarprodukte bilden jedoch eine Ausnahme, auf die die Türkei hohe Importzölle und -quoten erhebt. Im Falle der Handelsliberalisierung für Agrarprodukte müsste die Türkei den Außenzolltarif der EU für diese Güterkategorie übernehmen, was im Wesentlichen eine Senkung der derzeit höheren Zollsätze der Türkei bedeuten würde (Oskam et al., 2004: 248-249). Zum anderen liegen die türkischen Produzentenpreise bis auf einige Produktgruppen höher als in der EU (Oskam et al., 2004: 245). Zu den kostengünstigeren Produkten, deren Herstellung in der Regel gleichzeitig arbeitsintensiv ist, zählen Obst und Gemüse, Baumwolle, Lammfleisch, Milch, Zucker und Tabak. Diese bilden die wettbewerbsfähigen landwirtschaftlichen Exportgüter der Türkei (Çakmak, 2004: 1,32).

Die Umstrukturierung des türkischen Agrarsektors erfordert zudem umfassende Privatisierungen. Nicht zuletzt deshalb wird mit höheren ausländischen Investitionen in die arbeitsintensive ökologische Landwirtschaft gerechnet, wo der Kapitalmangel das größte Expansionshindernis darstellt. Außerdem kann davon ausgegangen werden, dass ausländische Direktinvestitionen türkischen Produzenten den Zugang zu den zunehmend integrierten Angebotsketten der Nahrungsmittelmärkte in der EU erleichtern werden (Çakmak, 2004: 32). Umfangreiche positive Zusatzeffekte von Direktinvestitionen setzen voraus, dass das Investitionsumfeld fortgeschrittene Technologien auch dank gut ausgebildetem Humankapital nutzen kann (Airaud et al., 2004: 19). Beide Bedingungen sind teilweise im türkischen Industriesektor und größtenteils im Dienstleistungssektor zu finden. Jedoch ist für die Arbeitskräfte in der türkischen Landwirtschaft das geringe Bildungs- und Ausbildungsniveau kennzeichnend. Dies dämpft die hohen Erwartungen an ausländische Direktinvestitionen und den damit verbundenen Arbeitskräftetransfer in hoch produktive Beschäftigungsfelder.

Man schätzt, dass aufgrund des Strukturwandels in der Landwirtschaft langfristig 3 Millionen Arbeitsplätze wegfallen werden (Öztürk, 2005: 97). Ökonomischen Berechnungen zufolge, könnte in den nächsten zehn Jahren der Transfer eines Drittels der unterbeschäftigten Arbeitskräfte aus den ländlichen Gebieten sowie eines Teils der weiblichen Arbeitskräfte in die produktiven Sektoren Industrie und Dienstleistungen gelingen (Gros, 2005: 7).

Sowohl die absolute Anzahl der Beschäftigten in der türkischen Landwirtschaft als auch der Anteil der Landwirtschaft an der Gesamtbeschäftigung sind rückläufig. Innerhalb eines Jahrzehnts ist die Zahl der Arbeitskräfte im türkischen Agrarsektor von 9 auf 7,2 Millionen (2003) gesunken (Çakmak, 2004: 5). Dennoch entspricht dies immer noch ungefähr der Anzahl der landwirtschaftlich Beschäftigten in der EU-15 (Oskam et al., 2004: 244). 93% der insgesamt 7,2 Millionen landwirtschaftlichen Arbeitsplätze in der Türkei befinden sich in den ländlichen Gebieten von Zentral- und Ostanatolien. Fast 90% aller weiblichen Arbeitskräfte in den ländlichen Gebieten finden Beschäftigung in der Landwirtschaft (ca. 3,2 Millionen). 2,7 Millionen Frauen und 0,9 Millionen Männer leisten unbezahlte Arbeit auf den familieneigenen Bauernhöfen (Çakmak, 2004: 5). 28% der in der Landwirtschaft tätigen Frauen (und 18% der Männer) können nicht lesen und schreiben (Oskam et al., 2004: 246).

Oskam et al. kommen in ihrer Studie über die Konsequenzen eines EU-Beitritts für die Landwirtschaft und die ländlichen Gebiete zu dem Schluss, dass diese beiden Bereiche wahrscheinlich die Hauptlast der Anpassung (zumindest nach einem Beitritt) tragen werden (2005: 149). Die Auswirkungen betreffen einen großen Bevölkerungsteil, dessen wirtschaftliche Existenzsicherung informeller Natur ist und keinen sozialen Schutz bietet (Oskam et al., 2004: 246). Unter den gegenwärtigen sozioökonomischen Bedingungen würde ein rapider Beschäftigungsabbau in den ländlichen Gebieten eher zu ernsthaften Problemen führen, statt die Entwicklungsbemühungen zu stützen (Çakmak, 2004: 6). Daher bedarf es in den betreffenden Gebieten einer „ausreichenden“ Vorbereitung der Bevölkerung auf den Anpassungsdruck (Oskam et al., 2005: 149).²

Dervis et al. (2004a) legen in ihrem optimistischen Konvergenzscenario für die Türkei ebenfalls besonderes Augenmerk auf die ländliche Entwicklung und das Bildungsniveau der türkischen Bevölkerung. Diese Punkte bilden zwei der größten strukturellen Schwächen der Türkei und sind kritische Hindernisse im Anpassungsprozess an die EU.³ Verbesserungen auf die-

2. Andernfalls würden sich die ohnehin schon vorhandenen Probleme wie Arbeitslosigkeit, große Einkommensunterschiede und Landflucht noch verschärfen und damit landesweit wirtschaftlichen und sozialen Unmut forcieren. Was die Landflucht betrifft, lebten bei der letzten Volkszählung im Jahr 2000 bereits zwei Drittel der türkischen Bevölkerung in den Städten (Tunali, 2003: 30).

3. Die Bildungspolitik der Türkei war bislang eher darauf ausgerichtet, eine international wettbewerbsfähige Elite heranzubilden, wobei die Masse unterversorgt blieb (Dervis et al., 2004: 9). Sowohl die Höhe der nationalen Bildungsinvestitionen als auch die Qualität der Schulabschlüsse liegen weit hinter de-

sen Gebieten erfordern „konzertierte Anstrengungen“. Diese müssen verbunden werden mit der Schaffung von Arbeitsplätzen insbesondere für die junge Bevölkerung außerhalb der Landwirtschaft, Arbeitsmarktliberalisierung sowie eine Ausweitung des sozialen Sicherungssystem (Oskam et al., 2004: 246).⁴ Jedoch zielt der *acquis communautaire* nicht vorrangig auf Bildungsmaßnahmen, sondern auf die Regulierungen zum Gemeinsamen Markt und die Annahme von EU-Politiken. Daher besteht die Gefahr, dass Bildung in der Beitrittsphase keine Priorität genießen wird (Oskam et al., 2004: 246). Strukturpolitik ist zwar Bestandteil des Nationalen Programms (2004-2006). Aber die Türkei hat bislang keine Erfahrungen auf diesem Gebiet und die geplanten Maßnahmen zielen vielmehr darauf, regionale Unterschiede in der Infrastruktur auszugleichen. Erst nach einem Beitritt zur EU stehen Mittel aus dem Strukturfonds der EU zur Verringerung des starken wirtschaftlichen Gefälles zwischen den Regionen zur Verfügung. (Oskam et al., 2004: 248, 252).

Im aktuellen Wirtschaftsprogramm findet sich ein Hinweis auf die spezifische Situation von Frauen aus ländlichen Gebieten: Der geringe Anteil von Frauen an der Gesamtbeschäftigung in Höhe von 26,6% ist unter anderem sowohl auf den Abwärtstrend der Beschäftigung in der Landwirtschaft zurückzuführen als auch auf den Rückzug aus dem Arbeitsmarkt von Frauen, die vom Land in die Städte ziehen. Dies treibt die Arbeitslosigkeit in die Höhe, da in den Städten keine ausreichenden Arbeitsplätze für unausgebildete Arbeitskräfte geschaffen werden können (DPT, 2004: 5, 80). Im Wirtschaftsprogramm wurde die Absicht formuliert, im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik den Bildungsstand besonders unter Frauen anzuheben. Inwiefern dies in konkreten Maßnahmen auch die Frauen in den ländlichen Gebieten erreichen könnte, wird sich vermutlich nach 2005 zeigen, wenn die Nationale Beschäftigungsstrategie in Anlehnung an die Europäische Beschäftigungsstrategie und ein Nationaler Aktionsplan aufgestellt sein werden (DPT, 2004: 81).

Die Zollunion

In der Zollunion sieht der renommierte Wirtschaftsprofessors Erol Manisalı (mit Nähe zu kemalistisch-nationalistischen Kreisen) die Einseitigkeit der EU-Türkei-Beziehungen in wirtschaftlicher Hinsicht manifestiert. Er spricht von „ungerechtem Wettbewerb“, der unter ungleichen Bedingungen stattfinden würde. Er belegt seine Behauptungen im Wesentlichen mit zwei Argumenten: Erstens regelt die Zollunion den freien Warenverkehr von Industriegütern und den industriellen Anteil verarbeiteter Agrarprodukte. Damit bevorteilt die Zollunion die wettbewerbsfähigen Güter der EU, nicht aber die der Türkei, mit der Konsequenz, dass die Zollunion höchstens auf ein Drittel der in der Türkei produzierten Waren zutrifft und die Handelsbilanz der Türkei mit der EU chronisch defizitär ist. Zweitens ist die Türkei an alle handelsrechtlichen Beschlüsse der EU gebunden, hat dabei aber keinerlei Veto- oder Mitbestimmungsrechte. Bei neuen Handelsabkommen der EU mit Drittstaaten fehlt der Türkei in ihren handelspolitischen Beziehungen zu diesen Drittstaaten jeglicher Spielraum für Eigeninitiative (Manisalı, 2003).

Das kemalistisch geprägte „Nationale Wissens- und Kommunikationsnetzwerk über die EU“ geht noch weiter und stellt die rhetorische Frage: „Ist dies ein Zollabkommen oder ein Ausbeutungsabkommen?“ (ab.kemalist.org, o.J.). Der implizite Vorwurf darin ist nicht nur an die EU, sondern auch an die eigenen (früheren) Regierungen gerichtet, die ein derart einseitiges Assoziierungsverhältnis mit der EU eingegangen seien.

Die beitragswilligen Kräfte in der Türkei widersprechen oft der Kritik an der Zollunion.⁵ Ülgen & Zahariadis (2004) geben in Bezug auf das chronische Handelsbilanzdefizit zu bedenken, dass türkische Industrieprodukte mit Ausnahme von Textilien bereits vor der Zollunion schon freien Zugang zum EU-Markt hatten und dass nach Inkrafttreten des Zollabkommens ein verstärkter Handelsstrom aus der EU in die Türkei abzusehen war. Die bisherigen Vorzüge der Zollunion erkennen sie im beträchtlichen Anstieg des Handelsvolumens mit impliziten Wohlfahrtsgewinnen für beide Seiten und in der Ausweitung der Handelsbeziehungen der Türkei auf Drittstaaten. Letzteres schließt eine stärkere Vernetzung von Produktions- und Vertriebswegen ein. Zudem wird der Beitrag der Zollunion zur Transformation des industriellen Sektors der Türkei hervorgehoben. Der steigende Konkurrenzdruck war Anlass für die Herausbildung der eigenen Wettbewerbsvorteile

nen der ärmsten EU-Staaten wie Portugal, Griechenland oder der neuen EU-Mitgliedsstaaten (Gros, 2005: 6).

4 Nicht nur in der Beitrittsphase, sondern auch nach einem EU-Beitritt wird es darauf ankommen, Transferleistungen aus dem Struktur- und Kohäsionsfonds vorrangig auf die Schwachstellen der Türkei zu konzentrieren; d.h. niedriges Humankapital-Niveau, wenig nicht-agrarisches Arbeitsplatzangebot sowie niedriges Niveau von Einkommen, Gesundheit und Lebensqualität in ländlichen Gebieten (Oskam et al., 2004: 147, 149).

5 In der Zeitschrift „Turkish Policy Quarterly“, herausgegeben von der zivilgesellschaftlichen „ARI Bewegung“, finden Beitrittsbefürworter beispielsweise eine Plattform für ihre z.T. wissenschaftlichen Artikel und Abhandlungen.

le und für Produktivitätssteigerungen. Schließlich ist das Wirtschaftsrecht durch Annäherung an internationale Standards modernisiert und damit auch das unternehmerische Umfeld.

Ülgen & Zahariadis (2004) ermahnen Globalisierungs- und Liberalisierungsgegner in der Türkei, die Zollunion mit der EU nicht zum „Sündenbock“ für alle Schwächen der türkischen Volkswirtschaft zu machen und somit den eigentlichen Hauptnutzen aus der Zollunion zu unterminieren. Dieser könnte erst nach einem EU-Beitritt durch den vollständigen Zugang zum Gemeinsamen Markt realisiert werden. Insbesondere die Liberalisierung des Dienstleistungshandels würde „wesentliche“ Vorteile für die gesamte türkische Ökonomie bereit halten, da die Wirtschaftsstruktur der Türkei zu fast zwei Dritteln von Dienstleistungen geprägt ist. Neben Handelszuwächsen in Folge einer erweiterten Zollunion führen die Autoren zwei weitere herausragende Gründe an. Erstens bemängeln sie den geringen Wettbewerbsgrad im türkischen Dienstleistungssektor, wodurch die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Türkei insgesamt beeinträchtigt würde. Insbesondere die aktive Einmischung des Staates als Wirtschaftsfaktor (in der Telekommunikation, Energiewirtschaft, etc.) verursache höhere Kosten in allen anderen Wirtschaftszweigen. Liberalisierung und Deregulierung hingegen würden für einen Produktivitätsschub im türkischen Dienstleistungssektor und für sinkende Kosten in der Verarbeitenden Industrie sorgen und deshalb insgesamt zu höheren Wachstumsraten auch in anderen Sektoren führen. Zweitens wäre ein positiver Aspekt der Zollunion ein erhöhter Grad an *good governance* in der türkischen Ökonomie. Denn der *acquis communautaire* verlangt einen regulativen Rahmen und unabhängige Aufsichtsbehörden, wodurch eine weniger krisenanfällige Wirtschaft geschaffen und ein nachhaltiger Wachstumspfad erreicht werden könnten (Ülgen & Zahariadis, 2004).

Allerdings stimmen Ülgen & Zahariadis den Kritikern der Zollunion in dem Punkt zu, dass die Beseitigung der Ursache für bestehende Asymmetrien im Rahmen der Zollunion notwendig ist. In der Hauptsache führen sie die Regelung an, die neuen Handelspartnern der EU freien Zugang zum türkischen Markt gewährt, während türkischen Exporteuren die neuen Märkte verschlossen bleiben. In einer gemeinsamen Außenhandelspolitik müssten zukünftig die Interessen der Türkei in Handelsabkommen der EU mit Drittstaaten zum Tragen kommen. Der Türkei bliebe die Aufgabe, vorhandene administrative und technische Handelshemmnisse zu beseitigen. Andernfalls erscheint ihnen die Rückbildung zu einer Freihandelszone zwischen der Türkei und der EU wahrscheinlicher als eine Vertiefung

der bestehenden bilateralen Handelsbeziehungen (Ülgen & Zahariadis, 2004).

Der Rahmenentwurf der EU-Kommission für die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei setzt unter anderem einen Schwerpunkt auf die „Erfüllung der Verpflichtungen im Rahmen des Protokolls, das die Zollunion auf die zehn neuen EU-Mitgliedstaaten (einschließlich Zypern) ausweitet“ (Euractiv, 30.6.2005). Am 27. Juli 2005 hat die Türkei dieses Zusatzprotokoll zur Zollunion unterzeichnet. Wie es scheint, sieht der Entwurf aber keinerlei Änderungen bezüglich handelspolitischer Mitbestimmungsrechte für die türkische Seite vor. Die Erwartungen der Beitrittsbefürworter an die Zollunion nach einem EU-Beitritt sind zutreffender. Unter bestimmten Voraussetzungen könnte die vollständige Handelsliberalisierung mit der EU zu einem Anstieg des Handelsvolumens um 40% führen (Independent Commission, 2004: 44).

Zypern

„Zypern ist unsere nationale Angelegenheit, aber die EU-Vollmitgliedschaft ist unser nationales Ziel. Wir müssen einen Weg finden, um beides miteinander zu vereinen“ (Erdogan zitiert in: Berkan, 19.11.2003). Mit dieser Aussage leitete Ministerpräsident Erdogan Ende 2003 eine dramatische Wende in der Zypern-Politik der Türkei ein, die die Aussicht auf ein wiedervereinigtes Zypern in der Türkei und im Nordteil Zyperns konsensfähig machte.

Unter türkischen Akteuren aller Couleur herrscht Einigkeit darüber, dass die EU rechtswidrig handelte, als sie die Republik Zypern als Mitgliedsland aufnahm. Die Insel dürfe keiner Union angehören, in der die Türkei nicht ebenfalls Mitglied sei (Manisali, 2003).⁶ Nach Ansicht von Manisali hätte die EU die Möglichkeit in Erwägung ziehen können, die kritischen Aspekte wie Zypern und Ägäis aufzuschieben. Denn mit einer Vollmitgliedschaft der Türkei wären die nationalen Grenzen aufgehoben und diese Probleme automatisch gelöst (Manisali, 2003).

⁶ Als Beleg für diese Behauptung werden insbesondere die Maßgaben der internationalen Abkommen von 1960 angeführt, zu denen die Verfassung der Republik Zypern und das Garantieabkommen zählen. Diese erklärten Zypern zu einem unabhängigen partnerschaftlichen Staat zweier Gemeinschaften („bi-communal partnership state“) unter der Garantie der Schutzmächte Griechenland, Türkei und Großbritannien. Gemäß dieser Abkommen darf der Südteil der Insel nicht als „Republik Zypern“ Mitglied in einer internationalen Organisation oder wirtschaftlichen und politischen Union werden, in der die Türkei und Griechenland nicht ebenfalls Mitglied sind (Kaya, 2002).

Ismet Berkan vom liberalen Tagesblatt RADIKAL widerspricht Manisalis Ansicht, insbesondere was den Zeitaspekt angeht. Der Zypernkonflikt erfordere schnellstmöglich eine Lösung und könne nicht bis zum EU-Beitritt der Türkei warten. Die baldige Realisierung des Annan-Plans zur Wiedervereinigung Zyperns wäre die einzige in Frage kommende Alternative (Berkan, 19.11.2003).⁷

Der Annan-Plan wurde von Eurokraten und Staats- und Regierungschefs der EU unterstützt und es wurden Referenden auf Süd- und Nordzypern abgehalten. Jedoch scheiterte die Wiedervereinigung der Insel am „Nein“ der griechischen Zyprioten. Die (griechische) Republik Zypern ist im Mai 2004 der EU beigetreten. Die türkischen Zyprioten, die mit einer überwältigenden Mehrheit für die Wiedervereinigung Zyperns stimmten, sind vom EU-Beitritt ausgeschlossen (TDN, 4.9.2005 / Akgün et al., 2005. 44).

Der EU-Beitritt Zyperns stört in der Türkei überwiegend die Verfechter des Annan-Plans. Sie sind es auch, die in der Regel den EU-Beitritt der Türkei am stärksten favorisieren. In einem Arbeitspapier der Demokratie-Stiftung TESEV „Quo vadis Cyprus?“ wird die Enttäuschung folgendermaßen begründet: Indem die EU der Republik Zypern die Vollmitgliedschaft gewährte, ohne eine Streitschlichtung mit dem türkischen Nordteil vorzusetzen, hat die EU gegen die internationalen Abkommen von 1960 gehandelt. Die EU unterminierte dadurch auch die einzige Motivation der griechischen Zyprioten, den Annan-Plan für die Wiedervereinigung anzunehmen. Seither lehnt die griechische Seite auch jeden anderen Vorschlag zur Beendigung der „aus unnötigen Einschränkungen und Hindernissen resultierenden Isolation der türkischen Zyprioten“ ab. Die EU ist zur Partei im Streitfall Zypern geworden, weshalb sie hierin keine glaubhafte Vermittlerrolle mehr wahrnehmen kann. Ferner skizziert das TESEV-Papier, was als ein widersprüchliches Verhalten der internationalen Gemeinschaft gewertet wird: Einerseits wurden im April 2004 unter internationaler Anerkennung getrennte Volksabstimmungen im Süd- und Nordteil Zyperns durchgeführt; dies reflektiert die Anerkennung einer gleichberechtigten politischen Mitbestimmung von griechischen und türkischen Zyprioten. Andererseits gilt international weiterhin die griechisch-zypriotische Regierung als die einzig legitime Vertretung von Zypern (Akgün et al., 2005).

Trotz des vorläufig gescheiterten Annan-Plans unterstützt die AKP-Regierung nach wie vor die Wieder-

vereinigung Zyperns. Indes pocht die Opposition unermüdlich darauf, dass die Regierung Zypern für den „unerfüllbaren Traum vom EU-Beitritt verkauft“ (Akgün et al., 2005).

Als letzte Bedingung für die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen am 3. Oktober 2005 unterzeichnete die Türkei am 27. Juli 2005 das Zusatzprotokoll, das die Zollunion auf die zehn neuen EU-Mitglieder, einschließlich der Republik Zypern, ausweitet. Gleichzeitig gab Premierminister Erdogan eine einseitige Zusatzerklärung ab, dass dies nicht die Anerkennung der Republik Zypern bedeute. Nach Ansicht von Turgut Tarhanlı, Professor für internationales Recht, geht es bei einer Lösung des Zypernkonflikts um die Einigung auf die politischen Strukturen Zyperns, in denen alle, auch die türkischen Zyprioten, zukünftig regiert werden sollen. Da die EU jedoch bislang die griechisch-zypriotische Regierung als die einzig legitime auf der Insel anerkennt, würden in Folge einer Anerkennung der Republik Zypern durch die Türkei die türkischen Zyprioten dieser Autorität unterstellt werden. Mit der Zusatzerklärung zum Zusatzprotokoll wolle die Türkei dies verhindern und die Notwendigkeit einer UN-Resolution betonen (Kart, 4.9.2005).

Die einseitige Zusatzerklärung der Türkei erregte neuen, heftigen Widerstand unter einigen EU-Mitgliedsländern. Vor allem Frankreich und Österreich bestehen auf der Anerkennung des griechischen Teils von Zypern durch die Türkei noch vor Beginn der Beitrittsverhandlungen am 3. Oktober 2005. In einer Stellungnahme vom 5. September besteht Ministerpräsident Erdogan auf der Aufnahme der Beitrittsverhandlungen am 3. Oktober 2005 und akzeptiert diesbezüglich keine neuen Bedingungen.

„... (EU-membership) is not a must for us. It would not be doomsday for Turkey. (...) Politics ... have rules and you have to operate within these rules when you take to the road. It is undoubtedly unethical to change or play with rules in the middle of a process.“ Und die Alternative zur Vollmitgliedschaft, die innerhalb der EU für die Türkei diskutiert wird, ist für die türkische Regierung inakzeptabel: „There is no such thing as a privileged partnership in EU law“ (Erdogan zitiert in: TDN, 5.9.2005). Erdogan verkündete erstmals in dieser Deutlichkeit, dass damit die Grenzen der Kompromissbereitschaft der Türkei erreicht sein würden.

Der Rahmenentwurf für die Beitrittsverhandlungen der EU-Kommission sieht vor, die Fortschritte der Türkei unter anderem an der „Fortsetzung der Anstrengungen zur Verwirklichung einer umfassenden Lösung des Zypern-Problems, einschließlich des Problems der „Republik Zypern“ (d.h. des Südtails der Insel, der Mitglied der EU ist)“ zu messen (Euractiv, 30.6.2005).

7 Auf Initiative von Kofi Annan wurde unter enormem Aufwand der UN der Plan zur Wiedervereinigung Zyperns entwickelt, in dem die bislang unvereinbaren Positionen der griechischen und türkischen Seiten zusammengebracht werden sollten.

Demnach waren die Hoffnungen der türkischen Seite auf eine Wiedervereinigung Zyperns im Zuge des EU-Beitrittsprozesses eher realistisch. Sollte der EU-Rat vor dem 3. Oktober der Türkei neue Bedingungen für die Aufnahme der Verhandlungen setzen, wird der Rahmenentwurf der EU-Kommission zumindest in diesem Punkt obsolet werden. Oder der Rahmenentwurf wird insgesamt obsolet werden, wenn die Türkei ihre Ankündigung tatsächlich wahr macht und den Beitrittsprozess endgültig abbricht.

Die Identitätsfrage

Im Zuge des Harmonisierungsprozesses mit der EU erheben auch muslimische Minderheiten in der Türkei wie Kurden oder Aleviten den Anspruch auf einen Minderheitenstatus. Die AKP-Regierung verwehrt ihnen (noch) diesen Status und beruft sich auf den im Lausanner Vertrag definierten Minderheitenbegriff (vgl. Fußnote 18). Für das nationalistisch-kemalistische Establishment liegt hierin eine der größten Ängste, die es mit dem Beitrittsprozess verbindet, nämlich die Erosion der einheitlichen, nationalen, traditionell türkisch-sunnitischen Identität, die die Einheit des türkischen Nationalstaates gewährleistet. Diese Kreise befürchten, dass eine Schwächung des einheitlichen Nationalbewusstseins in der türkischen Bevölkerung zwangsläufig zur Spaltung der Türkei à la Sèvres führen wird (vgl. Fußnote 26).

Das Zentrum für Politische, Ökonomische, Soziale Forschung und Strategieentwicklung (SESAR) klagt in einer Ausarbeitung mit dem Titel „Operation Enttürkifizierung der Türkei“, dass unter dem „Propagandaeinfluss der EU“ Türken im eigenen Land schon beinahe als eine ethnische Minderheit angesehen werden; etwa in der Größenordnung von einem Drittel der Gesamtbevölkerung der Türkei (SESAR, 2005: 6).

Aus der anhaltenden Diskussion über das Verständnis von „verfassungsmäßiger Staatsangehörigkeit“ ist ein neuer Begriff hervorgegangen und scheint sich zu etablieren: „Türkiyeli“. Es könnte sinngemäß als „türkeisch“ übersetzt werden, wie Cremer et al. (2004: 33) vorschlagen oder auch als „aus der Türkei stammend“. Es soll „Türkisch“ bzw. „Türke“ und „Türkin“ ersetzen. Letztere enthalten nach Auffassung derer, die „Türkiyeli“ bevorzugen, eine ethnische Dimension. „Türkiyeli“ hingegen würde sich ausschließlich auf die Staatsangehörigkeit beziehen und damit Raum für untergeordnete Identitätsbezeichnungen lassen.

„Türkiyeli“ löst vor allem in nationalistisch-kemalistischen Kreisen große Empörung aus. Emin Çölaşan, Kolumnist der Tageszeitung Hürriyet, erinnert sich,

dass „Türkiyeli“ nicht nur aktuell von führenden Köpfen der PKK wie Murat Karayılan propagiert wird, sondern dass dieser Begriff bereits 1993 von Premierminister Erdogan anstelle von „Türke“ bzw. „Türkin“ benutzt wurde. In dieses Bild füge sich auch Erdogans jüngste Kehrtwende von „es gibt kein Kurdenproblem in der Türkei“ zu „es gibt ein Kurdenproblem, aber wir müssen es getrennt von der PKK und dem Terrorismus sehen“. Damit habe Erdogan den Kurden und der PKK den Boden für weitere Forderungen bereitet. Es war absehbar, so Çölaşan, dass sich die Kurden mit dieser „Befriedungspolitik“ nicht zufrieden geben würden und nun nach einer „gleichberechtigten Föderation im Südosten“ der Türkei verlangen. Für Çölaşan kann dies kein Zufall sein. Die Kühnheit, mit der Ansprüche verkündet würden, überrasche ihn nicht, da die Kurden und die PKK bei in- und ausländischen Kräften, in den USA und der EU Rückhalt finden würden. Die separatistischen Ambitionen der PKK seien unverändert und sowohl die PKK als auch „die Islamisten“ in der türkischen Regierung würden als Sprachrohr der EU fungieren (Çölaşan, 25.8.2005).

Auch wenn die politischen Kopenhagener Kriterien und der Beitrittsprozess nicht den direkten Weg für Autonomiebestrebungen einzelner Bevölkerungsteile frei machen, so ebnen sie zumindest den Weg dafür, dass in der Türkei zukünftig immer mehr das Mosaikgebilde aus verschiedenen Religionen, Konfessionen, Ethnien und Kulturen offen gelebt werden kann. Was die Spaltungsängste unter Kemalisten und Nationalisten betrifft, räumen die Wissenschaftler Aydın & Keyman ein, dass die alleinige Gewährung von kulturellen Rechten „ethnisch begründetem Nationalismus“ stärkeren Auftrieb geben könnte. Um dem entgegenzuwirken, wäre die gleichzeitige wirtschaftliche Förderung dieser Gruppen wichtig (Aydın & Keyman, 2004: 39).

Kosten und Nutzen des Beitritts aus Sicht ausgewählter Akteure

Die Anpassung an die EU und damit verbundene Umstrukturierungen werden wie geschildert die gesamte türkische Bevölkerung betreffen. Nachfolgend soll detaillierter betrachtet werden, welche Vor- und Nachteile Akteure der Wirtschaft, Gesellschaft und Politik von einem EU-Beitritt zu erwarten und zu befürchten haben.

Die Wirtschaft: Die zuversichtlichen Großen und die sorgenvollen Kleinen

In den vergangenen zwei Jahrzehnten konnte die türkische Volkswirtschaft aufgrund mehrerer Wirtschafts- und Finanzkrisen ihr Wachstumspotenzial nicht voll ausschöpfen. Dennoch gelang es in dieser Zeit, den wirtschaftlichen Austausch mit der EU zu verstärken. Insbesondere durch die Zollunion von 1995 ist die wirtschaftliche Integration mit der EU weit fortgeschritten. Die EU ist die wichtigste Handelspartnerin der Türkei. Seit 1998 gehen mehr als die Hälfte der türkischen Exporte in die EU (DTM, 2005a). Den größten Anteil an türkischen Exportgütern für den EU-Markt bilden Industriegüter (ca. 50%) sowie Textilien & Bekleidung (ca. 30%). Das meiste Auslandskapital und mehr als die Hälfte aller Touristen kommen aus der EU. Zwischen 1998 und 2002 lag der Anteil der genehmigten Investitionen aus EU-Ländern an allen Auslandsinvestitionen bei über 70% (ZFT, o.J.: Tab: 17). 2004 besuchten rund 17,5 Mio. ausländische Touristen die Türkei, 55% von ihnen waren EU-Bürger (TCMB, 2005: 53-54). Darüber hinaus bilden seit den 1960er Jahren die Rücküberweisungen türkischer Migranten eine wichtige Deviseneinnahmequelle für das Land. 3,6 Millionen Türken und Türkinnen leben schätzungsweise außerhalb der Türkei, davon 3,2 Millionen im europäischen Ausland (Kirisci, 2003). Noch im Jahr 2001 erreichten diese Überweisungen einen Anteil von rund 2% am türkischen Bruttoinlandsprodukt (BIP) (MPI, 2003).

Im Folgenden werden aus dem Bereich der wirtschaftlichen Akteure Groß- und mittelständische Unternehmen sowie drei ausgewählte Branchen mit ihren spezifischen Haltungen hinsichtlich eines EU-Beitritts dargestellt.

Die Großunternehmen

Türkische Unternehmen operieren EU-weit. Aufgrund der bereits bestehenden Zollunion mit der EU, die im Wesentlichen Industriegüter umfasst, wird eine weitere wirtschaftliche Integration für sie in moderater Weise neue Absatzmärkte eröffnen und zwar durch die Ausweitung des Handels mit der EU auf Dienstleistungs- und Agrarprodukte.

Aus Sicht von Wirtschaftsvertretern wie der Vereinigung türkischer Industrieller und Geschäftsleute (TÜSİAD) lässt nur ein positiver Fortgang des Beitrittsprozesses auf erhöhten Zufluss von Auslandskapital inklusive Technologietransfer und Investitionsgüter hoffen. Denn der politische Reformprozess ist mittlerweile in den Entscheidungen in- und ausländischer Investoren

und Finanzmärkte zur ausschlaggebenden Determinante geworden (Kaleagasi, o.J./ Önis, 2005:13). In Kombination mit verschärftem Wettbewerb auf dem heimischen Markt würde die türkische Wirtschaft einen Wachstumsschub erfahren (Cremer et al., 2004: 34).

Für ein dauerhaftes Wachstum müssen aber makroökonomische Stabilität erreicht und zukünftige Finanz- und Wirtschaftskrisen verhindert werden (ABGS, 2004: 3). Die dafür nötige beständige Verankerung findet sich in einem Wirtschaftssystem, das nach EU-Regeln funktioniert, an denen zukünftige Regierungen der Türkei ihre Wirtschaftspolitik ausrichten müssten (Birand, 19.5.2004).

In diesem Zusammenhang haben türkische Großunternehmen auch ein vitales Interesse daran, dass die Türkei langfristig von einem Emerging Market in die Kategorie der entwickelten Länder aufsteigt, da letztere als Staaten ohne politisches Risiko gewertet werden. Nach Einschätzung der wirtschaftlichen Elite ist die grundlegende Voraussetzung hierfür die Überwindung des dualen Charakters der türkischen Wirtschaft, insbesondere durch Fortschritte in der ländlichen Entwicklung (Vural, o.J.). Diesbezügliche Forderungen der türkischen Geschäftswelt nach Finanzmitteln aus relevanten EU-Fonds werden teilweise vom EU-Parlament unterstützt (Kaleagasi, o.J.).

Des Weiteren stellen die gegenwärtigen Reisebestimmungen der EU für die türkische Geschäftswelt ein Wettbewerbshindernis dar. Im Rahmen der Beitrittsverhandlungen werden Mobilitäts erleichterungen zumindest für Geschäftsreisende mit Nachdruck gefordert (Kaleagasi, o.J.).

Mittelständische Unternehmen

99,8% aller türkischen Unternehmen sind klein- und mittelständische Unternehmen (KMU). Sie beschäftigen ca. 77% aller Erwerbstätigen (DPT, 2004: 82).

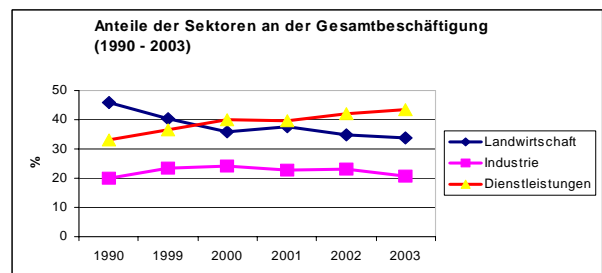
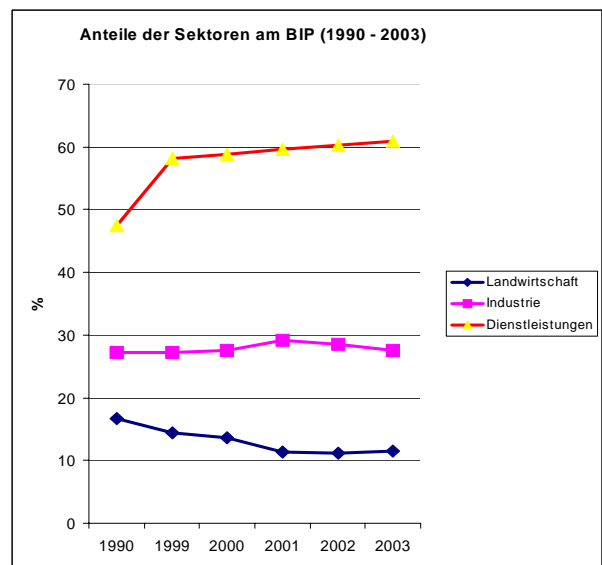
Eine der repräsentativen Einrichtungen des türkischen Mittelstandes ist der muslimisch geprägte Unternehmerverein MÜSIAD, dessen Mitgliederbasis sich in Anatolien befindet. Diese Unternehmer bekennen sich grundsätzlich zu offenen Märkten, Wettbewerb und Privatisierungen und lehnen beispielsweise staatliche Privilegien ab. Von einer EU-Mitgliedschaft erhoffen sie sich neue Marktchancen und ein allgemein höheres Wirtschaftswachstum (Koyuncu, 2004). Allerdings kann der Beitrittsprozess ihrer Einschätzung nach nicht die alleinige Hebelwirkung für die ökonomische Entwicklung der Türkei sein. Vielmehr betrachten sie hierfür die Dynamik in der eigenen Gesellschaft als Grundvoraussetzung (Öztürk, 2005: 95-96). Auch sind

sie der Ansicht, dass trotz EU-Mitgliedschaft genügend Spielraum für Globalisierung bei Erhalt der eigenen kulturellen Identität bestünde.

Neben den positiven Erwartungen an einen EU-Beitritt sehen türkische KMU auch eine Reihe von Nachteilen. Das Hauptprogramm der EU zur Förderung des Unternehmergeistes und der KMU ist das Mehrjahresprogramm für Unternehmen und unternehmerische Initiative 2001-2005. Die Teilnahme an diesem Programm bietet türkischen Unternehmen eine Möglichkeit, sich auf den schärferen Wettbewerb vorzubereiten (KOSGEB). Trotzdem machen sich die KMU Sorgen angesichts des unterschiedlichen Entwicklungsstandes zwischen den EU-Ländern und der Türkei. Sie glauben, der europäischen Konkurrenz aufgrund der eigenen Defizite in technologischer und personeller Hinsicht nicht gewachsen zu sein (Koyuncu, 2004). Schwierigkeiten in der Anpassung an Umwelt- und Gesundheitsstandards sehen sie ebenfalls voraus (Öztürk, 2005: 97-98). Eine dauerhafte Einschränkung der Mobilität von Arbeitskräften als zusätzliches Wettbewerbshindernis ist für sie inakzeptabel. Sorge bereitet ihnen auch, dass von Seiten der EU der Türkei keine Gleichbehandlung mit anderen Beitrittskandidaten gewährt wird. Eine „EU-Mitgliedschaft zweiter Klasse“ wird kategorisch abgelehnt, wie etwa die einer privilegierten Partnerschaft oder andere von einer Vollmitgliedschaft abweichende Formen (Öztürk, 2005: 97). Die Freigabe von zugesagten Finanzhilfen steht aufgrund von Griechenlands Veto-Haltung teilweise heute noch aus. Türkische KMU beanspruchen, dass anteilig zustehende Strukturanpassungshilfen an die Türkei vollständig geleistet werden.

Ausgewählte Wirtschaftszweige

Kosten-Nutzen-Analysen werden wegen ihrer sozio-ökonomischen Bedeutung für die türkische Landwirtschaft (Primärsektor), die Textil- und Bekleidungsindustrie (Industriesektor) und die Tourismusbranche (Dienstleistungssektor) dargestellt. Die folgenden Grafiken veranschaulichen die Entwicklung der sektoralen Anteile am türkischen BIP und an der Gesamtbeschäftigung im Zeitraum von 1990 bis 2003.



(Quellen: EU-Kommission, 2004: Statistischer Anhang / Tunalı, 2003: 15 / World Bank, 2005)

Die Landwirtschaft

Für einen Großteil der türkischen Bevölkerung bildet die Landwirtschaft die Existenzgrundlage. Schätzungen über den Anteil der landwirtschaftlich Erwerbstätigen variieren zwischen 35-48% (DIE, 2004: 174). Sie erwirtschaften jedoch nur 12% des Bruttoinlandsprodukts. Farmen und exportorientierte Produktionsketten existieren neben der (Semi-) Subsistenzlandwirtschaft (Oskam et al., 2005: 142). Schätzungen über die Größe des türkischen, „nicht registrierten“ (informellen) Sektors gehen weit auseinander. 2001 erreichte die informelle türkische Ökonomie über 60% der formalen Wirtschaftsleistung der Türkei. 40% aller Erwerbstätigen waren informell beschäftigt. Beides, sowohl die landwirtschaftliche als auch die informelle Aktivität, dominiert in den ländlichen Regionen der Türkei. Über 80% der informellen Beschäftigten sind in der Landwirtschaft zu finden, wovon über zwei Drittel weibliche Arbeitskräfte sind.

Der Arbeitnehmer-Gewerkschaftsverband Hak-Is steht auf dem Standpunkt, dass die informelle Wirt-

schaft der Türkei auf Entwicklung hemmende Ausmaße angewachsen ist.⁸ Daher solle sie zurückgeführt werden, möglichst indem sie mehr und mehr in die formale Wirtschaft integriert wird.

Ob mit oder ohne EU-Beitritt erscheint der Strukturwandel in der türkischen Landwirtschaft unausweichlich. Laut Langfristprognose wird die Beschäftigtenzahl im Agrarsektor von sieben auf vier Millionen zurückgehen. Das Problem der Arbeitslosigkeit wird sich dadurch enorm verschärfen (Öztürk, 2005: 97). Nach Ansicht von MÜSIAD kann die Türkei diese Belastung unmöglich allein bewältigen, so dass Mittelzuflüsse aus den EU-Agrar- und Regional-Fonds, wie sie anderen Beitrittskandidaten gewährt wurden, unverzichtbar wären. MÜSIAD sieht die eigene Regierung in der Pflicht, für die betroffenen ländlichen Gebiete eine Auffangstrategie zu entwickeln, deren Zielsetzung unter anderem die Ansiedlung von Nahrungsmittel- und leichter Konsumgüterindustrie sowie die Entwicklung einer zukunftsfähigen ökologischen Landwirtschaft ist (Öztürk, 2005: 97).

Die Textil- und Bekleidungsindustrie

Als Vorbereitung auf die Zollunion mit der EU wurden in der Vergangenheit hohe Investitionen in die türkische Textil- und Bekleidungsindustrie getätigt (seit 1995 ca. 55 Mrd. USD). Gegenwärtig verfügt dieser Wirtschaftszweig dank dieser Investitionen laut Angaben des türkischen Arbeitgeberverbandes der Textilindustrie über die EU-weit größte (weltweit die drittgrößte) Produktionskapazität. Sie ist arbeitsintensiv (11% aller formell Beschäftigten), erwirtschaftet 10% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und ist international wettbewerbsfähig (35% der türkischen Exporte) (tekstilisveren, 2005).

8 Die nicht registrierte Ökonomie der Türkei impliziert zahlreiche Entwicklungshindernisse: Beispielsweise ist die Arbeitsproduktivität (gemessen am Mehrwert je Erwerbstätiger) der modernen türkischen Ökonomie, d.h. im Industrie- und Dienstleistungssektor, höher als in den drei größten neuen EU-Staaten Tschechische Republik, Ungarn und Polen. Aber die niedrige Arbeitsproduktivität des großen und armen türkischen Agrarsektors senkt die durchschnittliche Arbeitsproduktivität der Türkei. Sie entspricht ungefähr dem Niveau der genannten neuen EU-Mitgliedsstaaten (Gros, 2005: 6-7). Eine andere Hürde in der Entwicklung des Landes resultiert aus der Tatsache, dass statistisch nicht erfasste Beschäftigung beispielsweise der Steuererhebung oder dem Beitrag zum sozialen Sicherungsnetz entgeht. Andererseits können statistisch nicht erfasste Erwerbstätige nur unzureichend oder gar nicht in der Planung von Entwicklungsmaßnahmen berücksichtigt werden und kommen nicht in den Genuss derartiger Maßnahmen.

Mit Hinweis auf ihre volkswirtschaftliche Stellung sieht sich die türkische Textil- und Bekleidungsindustrie von der EU nicht nur „sträflich“ vernachlässigt, sondern wäre als Ergebnis der Einseitigkeit der Zollunion auch schutzlos dem teilweise subventionierten Wettbewerb von Drittstaaten (aus Fernost) ausgeliefert. Als wesentlichen Kritikpunkt an der Zollunion führt die Branche an, dass die türkische Seite keinerlei Einfluss auf den „vernachlässigbaren“ gemeinsamen Außenzolltarif der EU für Textilien & Bekleidung hat, weshalb es in der Vergangenheit zu Fabrikschließungen und Massenentlassungen kam. Bei zukünftigen Außenhandelsabkommen der EU mit Drittstaaten erhebt sie Anspruch auf ein Mitbestimmungsrecht (Tekstil, 2005).

Nach Meinung von Branchenexperten befindet sich die türkische Textil- und Bekleidungsindustrie an einem Scheideweg. Anstatt im globalen Wettbewerb um das Segment der Billigprodukte zu kämpfen, ist eine langfristige Ausrichtung auf hochwertige Mode und Markenmoden geboten. Die dafür nötige wissensbasierte Produktionsweise erfordere ohne weiteren Zeitverzug umfassende Forschungs- und Entwicklungsmaßnahmen sowie Ausbildungsanstrengungen (Tarakcioglu, 2004).

Die Tourismusbranche

Die türkische Tourismusbranche ist expansiv, beschäftigt 0,5 Mio. Menschen, erwirtschaftet hohe Deviseneinnahmen und liefert den höchsten positiven Beitrag zur türkischen Leistungsbilanz. Im Jahr 2004 sind die Tourismuseinnahmen um 25% zum Vorjahr auf über 12 Mrd. USD gestiegen (TCMB, 2005: 53).

Die türkische Tourismusbranche profitierte bislang vom MEDA-Programm (Euro-Mediterranean Partnership) der EU, das 1996 für die Finanzierung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Zusammenarbeit mit den Mittelmeer-Anrainerstaaten ins Leben gerufen wurde. 2,4 Mio. EUR wurden zur Anhebung von Ausbildungsstand und Fachwissen im türkischen Hotelgewerbe bereitgestellt (turizmhabercisi, 1.8.2004). Die Realisierung des gemeinschaftlichen Besitzstandes (*acquis communautaire*) wird von Vertretern der Branche generell als treibende Kraft geschätzt, etwa mit Blick auf die Beseitigung von vorhandenen Schwächen der Türkei in den „lebenswichtigen“ Bereichen Gesundheit, Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit. Infolge der vollständigen Anpassung an EU-Standards erwarten sie eine weitere Verbesserung in der Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Branche, insbesondere durch die Fortsetzung von Bildungsmaßnahmen und Qualitätsverbesserungen. Der Beitrittsprozess bietet der Branche auch

Vorteile in Form von Imagezugewinn. In dieser Hinsicht beurteilte sie die Zusage des Europäischen Rates vom Dezember 2004, Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zu beginnen, als effektiver als jede konventionelle Werbe- oder Imagekampagne. Mit fortschreitendem Beitrittsprozess werden höhere Touristenzahlen aus der EU und auch ausländische Investitionen in die eigene Branche erwartet (Özdemir, 2004).

Der voran gegangenen Darstellung der Haltung aller wirtschaftlichen Akteure entspricht das Abstimmungsverhalten der Sektoren in einer Umfrage zu einem künftigen EU-Beitritt. Laut einer landesweiten Studie des türkischen Statistikinstituts (DIE) von Ende 2004 befürworteten 80,8% der Befragten aus dem Industriesektor und 78,7% aus dem Dienstleistungssektor einen EU-Beitritt. Von ihm erwarteten sie mehrheitlich positive Auswirkungen auf ihr Leben. Nur im Landwirtschaftssektor erwarteten weniger als die Hälfte (46%) der Befragten im Falle eines EU-Beitritts positive Auswirkungen. Trotzdem stimmten 65% aus der Landwirtschaft für einen EU-Beitritt (DIE, 2005: 8, 18). Die Studie liefert keine Erklärung für dieses widersprüchliche Verhalten der „Landwirtschaft“.

Die Beitrittsperspektive: Erste Wachstumsimpulse und langfristige Aussichten

Inwieweit die Vorstellungen der türkischen Akteure über einen EU-Beitritt realistisch sind, wird ein Vergleich mit den in der Beitrittspartnerschaft verankerten Prioritäten und Zielen offen legen. Darüber hinaus werden die im Fortschrittsbericht behandelten Aspekte sowie das Nationale Programm und das aktuelle Wirtschaftsprogramm 2004-2007 der Türkei (Pre-Accession Economic Programme) herangezogen. Ergebnisse von Studien über mögliche Effekte eines EU-Beitritts auf die Türkei dienen ebenfalls zur kritischen Überprüfung der Erwartungen.

Aus allen Teilerwartungen türkischer Wirtschaftsakteure an einen EU-Beitritt werden hier die wichtigsten Aspekte eingehender nach ihrer Übereinstimmung mit den voraussichtlichen Integrationsbedingungen und möglichen Wirkungen untersucht.

Diese sind: Makroökonomische Stabilität und Zufluss von Auslandsinvestitionen, finanzielle und sonstige Anpassungshilfen aus der EU zur Vorbereitung auf den Beitritt sowie der Anteil der Türkei am EU-Haushalt nach einem Beitritt, ländliche Entwicklung, Agrarwirtschaft und die Überwindung der dualen Wirtschaftsstruktur, finanzielle Unterstützung und Budgeteffekte, Wettbewerbsfähigkeit der KMU, neue Absatzmärkte und Freizügigkeit.

Die wirtschaftlichen Beitrittskriterien von Kopenhagen entsprechen den im Vertrag von Maastricht (1992) definierten makroökonomischen Stabilitätskriterien hinsichtlich der Entwicklung von Inflation, Zinsen, Währung, Haushaltsdefizit und öffentlicher Verschuldung eines EU-Mitgliedsstaates. Der Fortschrittsbericht der EU-Kommission 2004 bescheinigt der Türkei, dass sie sich diesbezüglich auf Konvergenzkurs mit der EU befindet.⁹

Die ersten Resultate der verbesserten Investitionsbedingungen zeigten sich im vergangenen Jahr. Ausländische Direktinvestitionen stiegen von 1,6 Mrd. USD (2003) auf 2,3 Mrd. USD innerhalb der ersten neun Monate von 2004 (DPT, 2004: 46).

Die Bedeutung der Fortsetzung des Reformprozesses für die „Stabilisierung der Stabilität“ wird auch von Wirtschaftswissenschaftlern wie Airaudo et al. (2004) bestätigt. Darüber hinaus bewerten sie den Beginn der Beitrittsverhandlungen als ein entscheidendes Signal für die Finanzmärkte, das derzeit hohe türkische Realzinsniveau weiter zu senken und so die Staatverschuldung zurückzuführen und den Staatshaushalt zu entlasten.¹⁰ Die hohe Staatsverschuldung und das hohe Defizit der Leistungsbilanz bilden traditionell die zwei Achillesfersen der türkischen Volkswirtschaft. Parallel hierzu würde der Beginn der Beitrittsverhandlungen einen „starken politischen Anker“ bieten, der im Zusammenhang mit den bereits verbesserten institutionellen und rechtlichen Rahmenbedingungen einen beachtlichen Anstieg von ausländischen Direktinvestitionen bewirken könnte (Airaudo et al., 2004: 18).¹¹ Ausländische Direktinvestitionen sind für den Stabilisierungsprozess in mehrfacher Hinsicht wichtig. Zum einen sind sie eine relativ stabile Finanzierungsquelle für die defizitäre Leistungsbilanz. Zum anderen könnte mittels dieser Art von Investitionen der benötigte Technologietransfer sowie der Transfer von Arbeitskräften aus Bereichen mit geringer Produktivität (Landwirtschaft) in die hoch produktiven Wirtschafts-

9 Vgl. EU-Kommission, 2004: 173-174.

10 Airaudo et al. prognostizieren unter der Prämisse einer jährlichen Wachstumsrate von 5% und weiter sinkendem Realzinsniveau eine kontinuierliche Rückführung der Staatverschuldung, so dass die Türkei bis spätestens 2008 das Maastrichter Stabilitätskriterium erfüllen müsste, wonach die Staatverschuldung 60% des BIP nicht überschreiten darf (Airaudo: 2004: 3, 19).

11 Die Verbesserungen der Rahmenbedingungen für Investitionen umfassen die neue türkische Gesetzgebung zu ausländischen Direktinvestitionen, die seit Mitte 2003 in Kraft ist sowie ein neu geschaffenes Koordinierungskomitee zur Verbesserung des Investitionsklimas (YOIKK), das sich aus staatlichen, privatwirtschaftlichen und NRO-Vertretern zusammensetzt.

zweige (Industrie und Dienstleistungen) gelingen.¹² Erst dann wäre das bislang größte Wachstumshindernis der Türkei, die makroökonomische Instabilität, beseitigt bzw. eine Basis für langfristiges Wirtschaftswachstum geschaffen und gesichert (Airaud et al., 2004: 25 / Gros, 2005: 7).

Unter diesen Prämissen zeichnen Dervis et al. ein Konvergenz-Szenario auf, in dem innerhalb von zwanzig Jahren das türkische Pro-Kopf-Einkommen von einem Achtel auf ein Drittel des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens der EU-15 anwächst bzw. die türkische Kaufkraftparität von einem Viertel auf über 60% der durchschnittlichen Kaufkraftparität der EU-15 ansteigt (2004a: 16).

Schätzungen über die genaue Höhe der finanziellen Unterstützung der EU sowohl vor als auch nach einem möglichen Beitritt bleiben spekulativ. Der zukünftige finanzielle Nutzen für die Türkei ist abhängig von den Regeln, die zum Zeitpunkt des Beitritts in der EU gelten werden, und vom erreichten Entwicklungsstand auf beiden Seiten (Schultz, 2005: 6-7). Die EU gewährt Kandidatenländern in der Phase vor dem Beitritt finanzielle Unterstützung zur Erfüllung der Kopenhagener Kriterien. Der Türkei werden im Zeitraum von 2004 bis 2006 insgesamt 1,05 Mrd. EUR zur Verfügung gestellt. Die Verwendung dieser Finanzmittel konzentriert sich mehr auf die Erfüllung der politischen Beitrittskriterien und darüber hinaus auch auf die Bereiche Umwelt, Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (Schultz, 2005: 1-3). Im Planungszeitraum von 2007 bis 2013 und danach wird die Türkei insbesondere im Rahmen des geplanten IPA (Instrument for Pre-Accession Assistance) schätzungsweise jährlich 1,3 bis 1,4 Mrd. EUR an Finanzhilfe erhalten.¹³ Von 2007 bis 2013 kommt ein Anteil aus den Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit der EU hinzu. Insgesamt 13 Mrd. EUR werden auf die Türkei, Kroatien und die neuen Beitrittsländer (Westbalkan) verteilt (Schultz, 2005: 4-5, 7-8).

Die Türkei ist während des Beitrittsprozesses zur Teilnahme an zahlreichen Programmen der EU berechtigt. Dazu zählen unter anderem SAPARD (ländliche Entwicklung), ISPA (Regionalfonds), Socrates oder Leonardo da Vinci (Bildung). Das dreijährige Entwicklungsprogramm für Ostanatolien, das mit 45 Mio. EUR aus MEDA-Mitteln finanziert wird, sieht schwerpunktmäßig Aktivitäten im Tourismus, Umweltschutz, in der Land-

wirtschaft und ländlicher Entwicklung, in der KMU-Förderung sowie sozialer Entwicklung vor (DPT, 2004: 99). Die Türkei wird voraussichtlich erst nach 2020 alle Förderprogramme der EU vollständig und effektiv nutzen können (Schultz, 2005: 2).¹⁴

Nach einem EU-Beitritt (möglicherweise 2015) würden der Türkei als Vollmitglied anteilige Leistungen aus dem EU-Haushalt zustehen, die sich hauptsächlich durch die Anwendung des Struktur- und Kohäsionsfonds und der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ergeben.¹⁵ Aufgrund des starken Stadt-Land- und regionalen Gefälles würden der Türkei bei Anwendung der gegenwärtigen Regeln des Strukturfonds hohe Zahlungen zustehen. Dieser Fonds fördert Regionen mit einem Pro-Kopf-Einkommen von unter 75% des EU-Durchschnitts. Das bislang geltende Höchstmaß von 4% des BIP eines Mitgliedstaates steht zwischen neuen und alten EU-Mitgliedern zur Diskussion und wird aller Voraussicht nach gesenkt werden (Schultz, 2005: 4, 8). Gemäß der gegenwärtigen GAP-Regeln wäre die Türkei aufgrund der Größe des türkischen Agrarsektors zu hohen Leistungen berechtigt. Eine Entscheidung der EU-Kommission von 2002 verlagert aber die gegenwärtige Prioritätensetzung. Direkte Einkommenszahlungen an Landwirte in der EU werden zurückgeführt (Schultz, 2005: 9). Stattdessen werden die Leistungen für ländliche Entwicklung ausgebaut. Dies ist für die Türkei von Bedeutung, da diese Mittel in die ländliche Infrastruktur und in die (Aus-) Bildung von Landwirten investiert werden könnten, um die Produktivität des türkischen Agrarsektors zu steigern oder um landwirtschaftlich Beschäftigte für andere Sektoren zu qualifizieren (Grethe in: Schultz, 2005: 3-4).

2003 wurde ein Strategie- und Aktionsplan für KMU verabschiedet. Der aus EU-Ressourcen finanzierte Plan dient der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der KMU im Harmonisierungsprozess mit der EU. Die vorgesehenen Aktivitäten richten sich insbesondere auf Probleme der KMU bezüglich Finanzierung und Technologie (DPT, 2004: 70).

14 Zur Erreichung der Ziele der Beitrittspartnerschaft mit der EU erhält die Türkei auch bedeutende finanzielle und technische Unterstützung von der Europäischen Investitionsbank und der Weltbank.

15 Die türkische Agrarpolitik hat das Projekt der türkischen Regierung zur Implementierung der Agrarreform seit 2000 mit der GAP weitgehend in Einklang gebracht, auch weil WTO-Bestimmungen und das IWF-Programm dies erforderten (Independent Commission on Turkey, 2004: 43): Sie hat Subventionen abgeschafft, Preiszuschüsse gesenkt, stattdessen direkte Einkommenshilfen für Landwirte als Ausgleich für die Transformationskosten eingeführt. Zur wirksamen Umsetzung der Reformen in der Landwirtschaft und in ländlicher Entwicklung ist ein Registrierungssystem für Landwirte eingerichtet worden (TÜSIAD, 2005: 150 / Cakmak, 2004: 32).

12 Airaud et al. verweisen auf die Erfahrungen der ost- und zentral-europäischen Länder in den 90er Jahren, wo erhöhte ausländische Direktinvestitionen in Form von Kapital, Technologie, Expertise und Knowhow zu Innovationen und Produktivitätssteigerungen führten (Airaud et al., 2004: 18).

13 IPA wird die gegenwärtigen Programme für Beitrittskandidaten wie bspw. PHARE (Poland and Hungary: Aid for Restructuring of the Economies) ersetzen.

Unter gegenwärtigen EU-Regeln würde die Türkei als Vollmitglied nach Abzug des eigenen Beitrags zum EU-Budget 0,2% des BIP der EU an Netto-Transfers erhalten, die aktuell rund 20 Mrd. EUR entsprechen würden. Die tatsächlichen Budgeteffekte für die Türkei zum Zeitpunkt eines EU-Beitritts werden höchstwahrscheinlich geringer ausfallen. Sie werden bis dahin innerhalb der EU und in Verhandlungen mit der Türkei politisch entschieden werden (Schultz, 2005: 11). In jedem Fall schätzen Dervis et al. die ökonomischen Auswirkungen der EU-Leistungen auf die Türkei als signifikant ein, wobei die Belastung für den EU-Haushalt tragbar bliebe (Dervis et al., 2004).

Von der Ausweitung des freien Handels auf Agrar- und Dienstleistungsprodukte im Falle eines EU-Beitritts sind für die türkische Wirtschaft positive Effekte zu erwarten. Gerade bei diesen Produkten verfügt die Türkei über komparative Vorteile. Deshalb kann zum einen mit einem Schub an ausländischen Investitionen in diesen Sektoren gerechnet werden, zum anderen eröffnen sich insbesondere für die Großunternehmen aber auch für die mittelständischen Unternehmen der Türkei in großem Ausmaß neue Absatzchancen auf dem EU-Markt.

Der weit verbreitete Wunsch nach freiem Personenverkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, auf den insbesondere die türkischen Groß- und mittelständischen Unternehmen sowie Vertreter der Arbeitnehmerschaften bestehen, dürfte sich kaum vor 2025 erfüllen. Der Rahmenentwurf für die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei vom 29. Juni 2005 sieht vor, dass die EU-Kommission diesbezüglich starke Einschränkungen wie „lange Übergangsmaßnahmen, Ausnahmeregelungen, spezifische Vereinbarungen“ in Betracht ziehen oder gar dauerhafte Schutzklauseln einführen kann. Im Falle der zehn neuen Mitgliedsstaaten behalten sich die EU-15 die Möglichkeit vor, freie Mobilität bis zu sieben Jahre nach dem Beitritt aufzuschieben (Gros, 2005: 8 / Euractiv, 30.6.2005).

Die potenziellen Auswirkungen der Beitrittsperspektive auf die zuvor betrachteten Wirtschaftszweige werden im Einzelnen vermutlich unterschiedlich ausfallen. Es sind keine gesonderten Maßnahmen für den türkischen Tourismus vorgesehen, dennoch wird die Tourismusbranche über zahlreiche Kanäle (in- und ausländische Investitionen, Programme und Projekte zu ländlicher Entwicklung, KMU-Förderung, Umweltstandards, uvm.) in bedeutendem Umfang profitieren können. Die Hoffnungen der türkischen Textil- und Bekleidungsindustrie auf staatliche Investitionshilfen sowie (handels-

rechtliche) Schutzmaßnahmen sind unberechtigt.¹⁶ Und auch die Gewährung der von ihr gewünschten Mitspracherechte im Rahmen der Zollunion ist vor einem EU-Beitritt der Türkei unwahrscheinlich. Für diesen Industriezweig ist es in Zukunft notwendig, die eigenen Ressourcen und Kräfte zu mobilisieren, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können.

Die Gesellschaft: Eine bunte Mischung von Hoffnungen und Ängsten

Dieses Kapitel beleuchtet die Erwartungen unterschiedlicher gesellschaftlicher Interessengruppen wie Minderheiten und Religionen¹⁷, Frauen, Gewerkschaften, Zivilgesellschaft und Medien.

Die Minderheiten

Die türkische Bevölkerung setzt sich aus einer Vielzahl von Ethnien und Nationalitäten sowie verschiedenen Religionen und Konfessionen zusammen. Es werden hier die Kosten-Nutzenüberlegungen der zwei größten Gruppen vorgestellt, die sich selbst - im Gegensatz zur offiziellen türkischen Sicht - als Minderheiten sehen.¹⁸

Ein Fünftel bis ein Drittel der muslimischen Bevölkerung in der Türkei gehört der alevitischen Glaubensrichtung an. Sie wird von der Mehrheit der Sunniten traditionell nicht als Muslime anerkannt. Ihre Kernforderungen an die eigene Regierung und die Hoffnungen, die sie mit einer EU-Mitgliedschaft verbindet, sind Demokratie, Freiheit und soziale Reformen für die Gesamtheit der türkischen Bevölkerung. Ihr besonderes

16 Gemäß dem aktuellen Wirtschaftsprogramm dürfte die Privatisierung aller staatlichen Textil- & Bekleidungsunternehmen im Herbst 2004 vollständig abgeschlossen sein (DPT, 2004: 126). Das Programm sieht keine Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen oder Ausbildungsanstrengungen für diesen Industriezweig vor. Seit dem Auslaufen des Welttextilabkommens Anfang 2005 ist der Handel mit Textilien und Bekleidung weltweit vollständig liberalisiert. Grundsätzlich verschärfte sich dadurch die Wettbewerbssituation für türkische Exporteure auf dem EU-Markt, was aber abzusehen war. (<http://www.euractiv.com/Article?tcaturi=tcm:31-143550-16&type=News>).

17 Über 95% der türkischen Bevölkerung bekennen sich zum muslimischen Glauben, wovon mindestens zwei Drittel der sunnitischen Glaubensgemeinschaft angehören

18 Der Lausanner Vertrag von 1923 erkennt nur nicht-muslimische Minoritäten als Minderheiten an und stellt sie unter besonderen Schutz. Die Türkei interpretiert diesen Vertrag so, dass es in der Türkei außer religiösen keine anderen Minderheiten gibt (sprachliche, ethnische, etc.). Auf dieser Grundlage verweigert die Türkei den Kurden wie auch den Aleviten den Minderheitenstatus. Nach Meinung von Völkerrechtsexperten erlaubt der Lausanner Vertrag diese Schlussfolgerung nicht.

Anliegen ist die rechtliche Anerkennung des Alevitentums als Religionsgemeinschaft neben dem sunnitischen Islam. Vom weiteren politischen Harmonisierungsprozess mit der EU erwartet sie ein „Ende der Assimilation alevitischer Kinder“ im Schulunterricht durch Abschaffung des obligatorischen Religionsunterrichts sunnitischer Ausprägung, zudem die Anerkennung ihrer Gebetsstätten (Cemevleri) als Glaubenseinrichtung und die Abschaffung des Diyanet, dem staatlichen Amt für Religiöse Angelegenheiten, welches einseitig den sunnitischen Islam fördert. Eine Hoffnung, die sie mit anderen religiösen Minderheiten wie Christen und Juden teilt, ist die Gewährung von Schutz gegen religiöse Diskriminierung (Dem Gazetesi, 10.5.2005).

Auch die kleine Minderheit der orthodoxen Christen (ca. 1% der Gesamtbevölkerung) besteht auf die vollständige Verwirklichung von Religionsfreiheit und Minderheitenrechten. In der Türkei besitzen Glaubensgemeinschaften keine eigene Rechtspersönlichkeit. Daraus resultieren Beschränkungen für die christlichen Gemeinden hinsichtlich Eigentumsrechten (an ihren Kirchen) und der Ausbildung von Geistlichen. Ihrer Meinung nach stellt die Beseitigung dieser Probleme eine Voraussetzung für den EU-Beitritt der Türkei dar (turkishdailynews, 2.12.2004).

Unter den 40 bis 50 verschiedenen ethnischen Gruppen, aus denen sich die türkische Bevölkerung zusammensetzt, repräsentieren die Kurden mit einem Drittel der Gesamtbevölkerung die größte ethnische Minderheit. Sie fordern die Anerkennung ihrer ethnisch-kulturellen Identität und möchten nicht länger als „Sicherheitsproblem“ behandelt werden. Zwischen-erfolge im Zuge der EU-Anpassung empfinden sie noch zu sehr als kosmetische Verbesserungen, weil diese sich in der alltäglichen Praxis nicht niederschlugen (Incesu, 18.2.2005). Dennoch glauben kurdische Repräsentanten, dass die Erfordernisse des Beitrittsprozesses letztlich eine politische Lösung der kurdischen Frage in der Türkei erzwingen werden (Kongra-Gel, 3.10.2004). Nur wenige kurdische Stimmen weisen auf die Vagheit der Kopenhagener Kriterien hin und dass diese Kriterien beispielsweise das Recht der Kurden auf Muttersprache nicht explizit erwähnen (Isik, 17.7.2004). An negativen Folgeerscheinungen eines EU-Beitritts befürchtet die kurdisch-stämmige Bevölkerung in erster Linie einen Verlust an nationalen und kulturellen Werten (Yilmaz, 2005b).

Die Frauenbewegung

Die türkische Frauenbewegung hofft, dass die zivilrechtliche Gleichstellung der Geschlechter in der Türkei

schneller erreicht werden kann, weil diese ihrer Ansicht nach eine der wichtigsten Kopenhagener Kriterien darstellt. Für die Durchsetzung von bereits erfolgten strafrechtlichen Verbesserungen hat sich die „Plattform zum türkischen Strafrecht aus Frauenperspektive“ (TCK Kadın Platformu) eingesetzt. Dazu zählt das Recht auf körperliche und sexuelle Unversehrtheit von Frauen und Kindern (auch in der Ehe und in der Familie), sowie die strafrechtliche Verfolgung von Vergewaltigung, sexueller Belästigung am Arbeitsplatz, Pädophilie, Menschenhandel und Folter (bianet, 30.5.2005). Im Zuge der EU-Beitrittsverhandlungen werden noch weitere wichtige Gesetzesänderungen im Strafrecht erwartet, aber auch bedeutende arbeitsrechtliche Reformen wie Gleichberechtigung in der sozialen Absicherung, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Schwangerenrechte, Mutterschutz und Elternurlaub und außerdem der Zugang zu umfassenden Bildungsmöglichkeiten (Köylü, 7.1.2005).

Eher mit Skepsis betrachten Vertreterinnen der Frauenbewegung die mangelhafte Verankerung sozialpolitischer Gesichtspunkte im EU-Recht, die für Frauen besondere Relevanz haben, wie etwa Kinderbetreuung (Acuner & Bilgütay, 27.7.2004). An der Arbeit der EU-Kommission kritisieren sie, dass erstere sich mit technischen Veränderungen zufrieden gibt, während Defizite in der Durchführung bestehen (bianet, 27.7.2004).

Zivilgesellschaftliche Organisationen

Nach Meinung von in- und ausländischen Beobachtern ist im türkischen zivilgesellschaftlichen Sektor in mancher Hinsicht eine bemerkenswerte Entwicklung im Gange. Zivilgesellschaftliche Organisationen im Allgemeinen, besonders jedoch die wirtschaftsnahen Einrichtungen wie der TÜSIAD, die Türkische Stiftung für den Dritten Sektor (TÜSEV) oder die Demokratie-Stiftung TESEV waren die Pioniere der progressiven bzw. der pro-EU-Bewegung in der Türkei (Önis, 2004: 5-6).¹⁹ Was in den 1990ern begann, setzte sich in den letzten Jahren fort. Die türkische Bürgerbewegung hat schnell an Umfang und Stärke gewonnen und mittels Lobbyarbeit im Inland und europäischen Ausland Reformen im türkischen Zivilrecht wie Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit oder in der Stiftungsgesetzgebung forciert. Sie geht sehr kritisch mit sich selbst,

¹⁹ TÜSIAD, das hauptsächlich das türkische Großkapital repräsentiert, veröffentlichte 1997 einen Entwurf für demokratische Reformen, der zu kontroversen Diskussionen führte, da er insbesondere die Ausweitung von Minderheitenrechten in den Vordergrund rückte.

der türkischen Politik und der EU um und hat insgesamt zu einem liberaleren politischen Klima beigetragen. Niels Kadritzke von der deutschen Ausgabe des „Le Monde diplomatique“ stellt fest, dass selbst die Diskussion um ein Tabu-Thema wie die Armenien-Frage unter türkischen Historikern, Schriftstellern und Journalisten geführt wurde, lange bevor der Vorwurf des Völkermords gegen die Türkei international erhoben wurde (Kadritzke, 15.4.2005). All diese Fortschritte sind eindeutig dem Harmonisierungsdruck durch die EU zu verdanken.

Türkische zivilgesellschaftliche Organisationen sind der Auffassung, dass in der Türkei nicht nur Mitglieder bestimmter Ethnien von Menschenrechtsverletzungen betroffen sind (Uskul, 2002). Daher wird die thematisch-sachlich enge Eingrenzung der finanziellen Unterstützung aus der EU auf Bereiche wie Minderheiten- und Menschenrechte, Meinungsfreiheit und Todesstrafe bemängelt, wodurch die Entfaltungsmöglichkeiten der türkischen Nichtregierungsorganisationen (NRO) eingeschränkt würden.

Wirkliche Zufriedenheit unter türkischen NRO wird sich erst mit einer systematischen Umsetzung der Reformen in die Praxis einstellen. Eine Veränderung der in der Türkei vorherrschenden Einstellungen nennen sie als unbedingte Voraussetzung für die Realisierung von Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit in der Türkei. (Alaton, zitiert in: TÜSEV, 2005: 11, 13). Dazu wäre die Aufstellung eines Strategieplans zur Verinnerlichung der Reformen in der gesamten Gesellschaft unerlässlich. Beispielsweise die ARI-Bewegung, eine unabhängige türkische politische Institution, deren Zielsetzungen Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Menschenrechte und ethische Standards sind, arbeitet an der Entstehung und Verbreitung eines „neuen Politikverständnisses“, welches eine stärkere Mitwirkung der Bevölkerung am politischen Geschehen impliziert, insbesondere von Jugendlichen und Frauen (Köprülü, 2001).

Die Gewerkschaften

Der türkische Gewerkschaftsbund TÜRK-İs und auch DISK verlangen von der eigenen Regierung schon seit geraumer Zeit die vollständige Verwirklichung von Organisationsfreiheit und Streikrecht, aber auch von Rechten, die die Gesundheit und Sicherheit, die soziale Sicherung, Kinderarbeit und Schattenwirtschaft sowie die Gleichberechtigung der Geschlechter am Arbeitsplatz betreffen. Die Gewerkschaften erhielten Rücken- deckung von der EU-Kommission, welche in ihrem Fortschrittsbericht die Rückständigkeit grundlegender

Gewerkschaftsrechte in der Türkei gemessen an den internationalen ILO-Standards scharf kritisiert.

Aus Sicht türkischer Gewerkschaften sind aber auch einige der Bedingungen des Fortschrittsberichts der EU-Kommission inakzeptabel. Dazu zählt die „Behandlung der Beitrittskandidatin Türkei nach zweierlei Maß“ (FN) hinsichtlich der Regelung der Freizügigkeit des Faktors Arbeit – die EU hätte ihrer Meinung nach bereits schon einmal mit dem Aussetzen des Zusatzprotokolls von 1972 Vertragsbruch begangen - oder die Beschleunigung des Privatisierungsprozesses staatlicher Unternehmen, die im „gravierenden“ Widerspruch zum Verständnis von sozialer Sicherheit des Fortschrittsberichts stünde. Vielmehr solle die Türkei im Verlauf des Beitrittsprozesses Priorität auf soziale Integration, die Stärkung des Verwaltungssystems und die Implementierung der Reformen legen (TÜRK-İs, 2004). Im Vergleich zum Dachverband setzen sich einzelne Gewerkschaften kaum mit den möglichen Folgen eines EU-Beitritts auseinander (DGB, 2004).

Die Medien

Die türkischen Massenmedien gehören hauptsächlich zwei Großkonzernen, der Aydın-Dogan-Holding und der Star-Gruppe der Familie Uzan, die teilweise enge Verbindungen zu Politik, Staat und Wirtschaft unterhalten. Dagegen heben türkische Journalisten die Informations- und Aufklärungsfunktion lokaler Medien hervor, welche im Demokratisierungsprozess insbesondere dort an Wichtigkeit gewinnt, wo Objektivität und pluralistische Berichterstattung der Massenmedien in Frage gestellt sind. Außerdem sind lokale und regionale Medien unersetzliche Partner für zivilgesellschaftliche Organisationen und deren Öffentlichkeitsarbeit (Belovacklı, 2002 / DGB, 2005: 48). Seit der Aufhebung des Rundfunkmonopols 1993 ist eine beeindruckende Anzahl von neuen privaten Fernseh- und Radiosendern entstanden, die landesweit, regional und lokal ausstrahlen. Dem gegenüber stagnieren die Verkaufszahlen der überregionalen, insgesamt 57 Tageszeitungen (DGB, 2005: 47). Allerdings arbeiten türkische lokale und regionale Medien unter vergleichsweise schwierigeren Bedingungen, wozu auch zeitweise ernsthafte finanzielle Engpässe zählen. Aus Gründen der Wahrung der Unabhängigkeit kommen staatliche Ressourcen kaum in Betracht (Belovacklı, 2002). Jedoch verfügt die EU über Fonds und zahlreiche Projekte für die Bereiche IT, Kommunikation und Wissensgesellschaft, die gleichzeitig Regionalität und Lokales fördern, wovon auch die Entwicklung lokaler Medien in

der Türkei im Beitrittsprozess in zunehmenden Maße profitieren würde (Sarkaya, 2002).

Grundsätzlich begrüßen türkische Journalisten die strafrechtlichen Verbesserungen hinsichtlich Meinungs- und Pressefreiheit, die unter dem Anpassungsdruck an die EU zustande gekommen sind. Jedoch beklagen sie die vagen Formulierungen, die den Behörden viel Interpretationsspielraum geben (flash-bulletin, 30.6. 2005).

Für die dargestellten gesellschaftlichen Interessengruppen werden nachfolgend Umfrageergebnisse zu einem möglichen EU-Beitritt hinzugefügt.

In Studien zur Europa-Skepsis in der Türkei wurden die interviewten Personen unter anderem zu den erwarteten Veränderungen in ihrem Leben in Folge eines EU-Beitritts befragt. Die kurdische Bevölkerung stellt die Mehrheit derer dar, die sich von einem EU-Beitritt ein „besseres Leben“ versprechen (Yılmaz, 2005b). Unter denen, die sich in erster Linie über ihre Religionszugehörigkeit zum Islam identifizieren, halten sich Optimisten und Pessimisten die Waage. (Yılmaz, 2005b).

Weiterhin verdeutlichten die Umfrageergebnisse: Je weiter politisch rechts, umso mehr wurde die EU als „christlicher Club“ betrachtet. Dennoch sahen die meisten einen Platz in der EU für ein muslimisches Mitgliedsland. (Yılmaz, 2005b).

In (anderen) Umfragen gaben 63% der Frauen an, für einen EU-Beitritt zu sein. Sie schätzten ihre Perspektiven vergleichsweise vorsichtiger ein als Männer, die zu 77,5% den Beitritt bejahten. Auffallend ist, dass ein EU-Beitritt unter Minderheiten, den Aleviten und Kurden, mit 80-90% die höchste Zustimmung findet (Yılmaz, 2005b: 18 / DIE, 2005: 14,18 / IKV, 2004).

Die gesellschaftlichen Erwartungen im Lichte der voraussichtlichen EU-Politik

Die Erwartungen der gesellschaftlichen Akteure in der Türkei an einen EU-Beitritt würden im weitesten Sinne mit der Umsetzung der politischen Kopenhagener Kriterien realisiert. Die politischen Beitrittskriterien lauten: „institutionelle Stabilität des Beitrittskandidaten als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, für die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und den Schutz von Minderheiten“. Zudem schreibt die Beitrittspartnerschaft mit der EU konkret die „Einhaltung der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte (EMRK) und Grundfreiheiten und insbesondere der Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (Abschnitt II der Konvention)“ vor (Europäischer Rat, 2003). Im Hinblick auf Menschenrechte und Minderheitenschutz wurde die

ationale Gesetzgebung der Türkei bereits zum Großteil in Einklang gebracht.²⁰ Im Mai 2004 wurde in der türkischen Verfassung der Vorrang internationaler Menschenrechtsabkommen vor der nationalen Gesetzgebung festgeschrieben (EU-Kommission, 2004: 30-31). Damit verpflichtet sich die Türkei zur vollständigen Gewährleistung aller fundamentalen Menschenrechte und Freiheiten eines jeden Individuums ohne Diskriminierung auf der Grundlage von Sprache, Rasse, Nationalität, Geschlecht, politischer Anschauung, Religion oder Weltanschauung.²¹

Letztlich wird die Verwirklichung der neu errungenen Rechte auf der individuellen Ebene und im zwischenmenschlichen Umgang miteinander entschieden werden. Die Nachhaltigkeit der Reform bedarf eines Wandels in den traditionell vorherrschenden Anschauungen und Haltungen und erfordert Verhaltensänderungen in der Bevölkerung und bei Beamten und Angestellten der Polizei, Bürokratie, Justiz und des Militärs, die die Gesetze und Regelungen anwenden und Maßnahmen umsetzen. Dies gilt speziell im Falle der Verwirklichung der Reformen zur Unabhängigkeit der

20 Die Türkei hat zahlreiche internationale Menschenrechtsabkommen ratifiziert: die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK), den Pakt der Vereinten Nationen über bürgerliche und politische Rechte sowie den Pakt der Vereinten Nationen über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (allerdings mit Vorbehalten). Weiterhin das Protokoll Nr. 6 der EMRK über die Abschaffung der Todesstrafe; das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung; das Europäische Übereinkommen über die Rechte der Kinder und das Fakultativprotokoll des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau.

Gemäß dem ursprünglichen Nationalen Programm 2001 müsste die Türkei noch die überarbeitete Europäische Sozialcharta und das Protokoll Nr. 12 der EMRK über das allgemeine Verbot der Diskriminierung durch öffentliche Behörden ratifizieren (EU Commission, 2002: 25-26).

21 Die Ausdehnung der kulturellen Rechte und der verfassungsrechtlichen Zusicherung von Religionsfreiheit für nicht-muslimische Minoritäten begünstigt bspw. die christliche Glaubensgemeinschaft in der Türkei. Die neuen kulturellen Rechte erlauben das Erlernen der kurdischen Sprache und die Ausstrahlung von Radio- und Fernsehsendung auf Kurdisch, wenn auch noch in eingeschränktem Maße. Für das vornehmliche Anliegen der kurdischen Bevölkerung, als nationale Minderheit anerkannt zu werden, erscheint die Europäische Charta für Regional- und Minderheitensprachen und das Rahmenübereinkommen des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten von größerer Wichtigkeit. Laut Fortschrittsbericht 2004 der EU-Kommission hat die Türkei genau diese nicht unterzeichnet (EU-Kommission, 2004: 30-31, 184). Ungeachtet dessen kommt der Vorstoß von Premierminister Erdogan, die Kurdenproblematik und den Terrorismus der PKK nunmehr separat zu betrachten und zu behandeln, den Forderungen der Kurden entgegen. Als Muslime betreffen diese Neuerungen die Aleviten nicht. Ihre Anerkennung als Religionsgemeinschaft wird vermutlich erst dann Wirklichkeit, wenn die offizielle Türkei ihre Rechtsauslegung des Begriffs „Minderheit“ dem Verständnis von Völkerrechtlern anpassen wird.

Justiz. Diesbezügliche Unterstützung vonseiten der EU kann über verschiedene Wege gewährleistet werden. Schulungs- und Trainingsmaßnahmen insbesondere für Justizbeamte zur Steigerung des Bewusstseins für Menschenrechtsfragen und zum Erwerb rechtswissenschaftlicher Kenntnisse über die EMRK und den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte werden weiter entwickelt und ausgeweitet (ABGS, 2003: 5). Laut Aydin & Keyman erfasst der in Gang gekommene Prozess bereits die gesamte türkische Gesellschaft (2004: 46). Zwei Beispiele dafür sind die Teilnahme von Polizisten an Kurdischkursen und die zunehmende Bezugnahme auf die Europäische Menschenrechtskonvention in den Entscheidungen von Richtern und Vollzugsbeamten.

Die finanzielle Hilfe der EU für die Türkei konzentriert sich im laufenden Planungszeitraum bis 2006 auf den Aufbau von Institutionen sowie auf Investitionen in die regulatorische Infrastruktur zur Durchführung des *acquis communautaire* und zur Vorbereitung auf die Umsetzung von Politikbereichen der EU wie wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt. Diese Maßnahmen erfolgen in Zusammenarbeit mit EU-Mitgliedern und NRO. NRO sollen in erster Linie in die Durchführung von Vorhaben zur Festigung demokratischer und rechtsstaatlicher Praktiken, der Gleichberechtigung der Geschlechter und von Menschenrechten und Minderheitenschutz einbezogen werden (Schultz, 2005: 2). Zivilgesellschaftliche Kräfte können außerdem auf die von ihnen gewünschte Unterstützung von Seiten der EU zählen, beispielsweise im Rahmen der Initiative „Dialog zwischen den Zivilgesellschaften der EU-Mitgliedsstaaten und der Kandidatenländer“. Hierfür sind in 2006 40 Mio. EUR eingeplant (Euractiv, 30.6.2005).

Eine der Hauptsorgen zivilgesellschaftlicher Organisationen ist, dass die EU-Kommission sich mit legislativen Reformmaßnahmen der Türkei zufrieden gibt, aber der praktischen Umsetzung der politischen Beitrittskriterien unzureichend Beachtung schenkt. Denn gemäß Beschluss des Europäischen Rates von Helsinki 1999 müssen die politischen Kopenhagener Kriterien von Beitrittskandidaten noch vor der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen erfüllt sein. Diesbezügliche Maßnahmen sind; im Gegensatz zu den wirtschaftlichen Kriterien und zur Übernahme des *acquis communautaire* - nicht mehr Gegenstand der Beitrittsverhandlungen (OEIES, 2004: 2-3). Obwohl die Kommission in ihrem Fortschrittsbericht 2004 umfassende Mängel in der Implementierung feststellte, gab sie dem Europäischen Rat die Empfehlung zur Aufnahme der Beitrittsverhandlungen. Würde demnach die Fortsetzung von Durchführungsmaßnahmen zur Erfüllung der politi-

schen Kriterien nach Beginn der Beitrittsverhandlungen, also voraussichtlich ab dem 3. Oktober 2005, nur noch vom guten Willen der Türkei abhängen?

Die EU-Kommission hat in ihrem „strengen“ Rahmenentwurf für die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei vom 29. Juni 2005 eine „Notbremse“ für den Fall eingebaut, dass die Türkei „ernsthaft und nachhaltig“ unter anderem gegen die Grundsätze der Freiheit, der Demokratie, die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie die Rechtsstaatlichkeit“ (Art. 0, EU-Vertrag) verstößt.²² Gegebenenfalls kann die Kommission dem Europäischen Rat die Aussetzung der Verhandlungen vorschlagen, worüber der Rat entscheiden wird (Euractiv, 30.6.2005).

Einige der Erwartungen der gesellschaftlichen Akteure betreffen auch die Bestandteile der Beitrittspartnerschaft zu Sozialpolitik und Beschäftigung. Diese umfassen die Übernahme des Besitzstandes in den Bereichen Arbeitsrecht, Gleichbehandlung von Frauen und Männern, Arbeitssicherheit und Arbeitsschutz, Bekämpfung von Diskriminierung sowie öffentliche Gesundheit und außerdem den Ausbau der sozialen Absicherung und die Vorbereitung auf die europäische Beschäftigungsstrategie (Europäischer Rat, 2003: 47, 53).²³

Die Politik: Dominanz der Beitrittsbefürworter

Die politische Landschaft der Türkei ist von schwierigen Beziehungen zwischen der Zivilregierung und den mächtigen Armeegenerälen gekennzeichnet.²⁴ Dieses

22 Die EU-25 müssten auf ihrer zwischenstaatlichen Konferenz am 3. Oktober 2005 diesem Rahmenentwurf der EU-Kommission zustimmen, damit die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei beginnen können.

23 Schwerpunkte der europäischen Beschäftigungsstrategie sind unter anderem die Integration des informellen Sektors in die formalen Wirtschaftsstrukturen, Arbeitsmarktflexibilisierung und Modernisierung der sozialen Sicherungssysteme. In Einklang mit der europäischen Beschäftigungsstrategie entwickelt die Türkei eine Nationale Beschäftigungsstrategie, die u.a. die Förderung des Unternehmertums (insbesondere der KMU), Erhöhung des Bildungsniveaus und des Fachwissens zur Verbesserung der Anpassungsfähigkeit an veränderte (Arbeitsmarkt-) Bedingungen und zur Verbesserung der Beschäftigungschancen von benachteiligten Gruppen als Zielsetzung hat (DPT, 2004: 99). Mehrere Umschulungs- oder Weiterbildungsprojekte im Rahmen des Wirtschaftsprogramms bis 2007 sollen ca. 70.000 Menschen die Eingliederung in den Arbeitsmarkt erleichtern. Die Zielgruppe sind Frauen, Jugendliche, Behinderte und diejenigen, die von negativen Beschäftigungseffekten durch Privatisierungen betroffen sind (DPT, 2004: 81).

24 Nach Ansicht von Aydin & Keyman steht das türkische Militär traditionell für Progressivität. Es ist die egalitärste, nicht-politisierte professionelle öffentliche Einrichtung gewesen. Für die politische Elite hingegen waren Instabilität, Korruption

Kapitel behandelt die Kosten- und Nutzen-Abwägungen der türkischen Regierung, der Parteien, des Militärs und als Beispiel für die Verwaltung die der Kommunen im Hinblick auf einen EU-Beitritt.

Die Regierung

Nach Ansicht von Haldun Gülalp, Professor für Soziologie an der Bogaziçi Universität von Istanbul, erkannte die AKP die Zeichen der Zeit und setzte auf die EU-Mitgliedschaft als Orientierungspunkt und außenpolitisches Zugpferd für die innenpolitische Erneuerung. 2002 errang sie eine parlamentarische Mehrheit und die alleinige Regierungsmacht. Sie hat außer dem Ziel „EU-Beitritt“ keinen „Plan B“ und hat ihr Schicksal auf das Engste mit dem Fortgang des Beitrittsprozesses verknüpft (Gülalp, 2005: 81, 85).

Die AKP-Regierung verfolgt eine umfassende politische, wirtschaftliche und institutionelle Reformagenda mit Bestimmtheit und Kontinuität, was ihre moralische Autorität und ihren Rückhalt in der Bevölkerung gestärkt hat. Ihre diplomatische Vorgehensweise in der Lösung des Zypernkonflikts mit Griechenland (und mit den heimischen Nationalisten, für die das Beitrittsargument ausschlaggebend war) hat zudem ihr internationales Ansehen verbessert (Gülalp, 2005: 83). Die Regierung hofft auf ähnliche Weise eine dauerhafte Beilegung der Streitigkeiten in der Ägäisfrage erwirken zu können.

Aus Regierungssicht gibt es eine Vielzahl an wichtigen ökonomischen Gründen, die für eine EU-Mitgliedschaft sprechen.

1. In- und ausländische Wirtschaftsakteure bewerten die wirtschaftliche Lage des Landes inzwischen in Abhängigkeit von der Fähigkeit der Regierung, die politischen Bedingungen des Beitrittsprozesses umsetzen zu können (Önis, 2005: 13). Die Entscheidungen der Investoren und Kapitalgeber spielen eine wesentliche Rolle in der Erreichung von makroökonomischer Stabilität und sozialer Entwicklung und in Folge dessen auch in der Bewältigung der großen Herausforderungen des Landes wie starkes Stadt-Land-Gefälle und positives Bevölkerungswachstum oder hohe Arbeitslosigkeit (ABGS, 2004: 3).
2. Die Türkei hätte als EU-Mitglied Anspruch auf relativ hohe Summen aus dem Struktur- und Kohäsions-

fonds und dem gemeinsamen EU-Budget (ABGS, 2004).

3. Die weitere Anpassung an die EU-Standards würde die Grundlagen für die wirtschaftliche Entwicklung der Türkei verbessern, zum Beispiel durch Stärkung von Corporate Governance, Bekämpfung von Ungezetzmäßigkeiten und Verbesserungen in der Funktionalität des Justizsystems (ABGS, 2004).
4. Die Beitrittsperspektive dient in innenpolitischer Hinsicht nicht nur der dauerhaften Marginalisierung von extremen Neigungen innerhalb der Islamisten und Laizisten (Gülalp, 2005: 82). Sie verhalf der Regierung (und zukünftigen Regierungen) auch zu einer größeren Unabhängigkeit von militärischem Kalkül.²⁵ Regierungsentscheidungen können nicht mehr mit Veto vonseiten des Militärs belegt werden. Die Zeiten, in denen das Militär den Verteidigungshaushalt bestimmte oder Regierungen absetzte und Parlamente auflöste, sind vorbei.
5. Ein wichtiges außenpolitisches Beitrittsmotiv resultiert aus der Bevölkerungsgröße der Türkei (lt. Auswärtigem Amt 70,15 Mio. Einwohner; Stand Mai 2005), welche sie zu hohen Stimmanteilen im Europäischen Rat, im Europäischen Parlament und in der Europäischen Kommission berechtigen würde (ABGS, 2004: 4).
6. Für die türkische Regierung ergab sich nach Mai 2003, als sich die Türkei einer Beteiligung am Irak-Krieg verweigerte, eine sicherheitspolitische Motivation für einen EU-Beitritt. Die danach abgekühlte Beziehung zum strategischen Partner USA ließ den Aufbau einer Bindung an die EU mit der Zielsetzung einer transatlantischen Partnerschaft bedeutender erscheinen (Gül, 2003).
7. Die AKP-Regierung wandte sich gleichzeitig der arabisch-muslimischen Welt zu. Sie konnte sich auch dort Geltung verschaffen, beispielsweise weil sie anders als ihre Vorgängerregierungen Kritik an der Politik Israels übte (Gülalp, 2005: 84-85). Die derzeitige AKP-Regierung ist in den Augen der islamischen Welt glaubwürdig, weil sie sich offen zum Islam bekennt. Auf diese Weise gestärkt, nach Westen und in die islamische Welt hinein, und aufgrund ihrer geografischen Lage zwischen Konfliktregionen könnte die Türkei zur Stabilisierung der Region beitragen.

²⁵ Im Nationalen Sicherheitsrat der Türkei hatten die Militärs das letzte Wort in den Fragen, die die Sicherheit und Außenpolitik des Landes betrafen. Im Oktober 2001 wurde der Status des Nationalen Sicherheitsrates in der türkischen Politik verfassungsrechtlich auf seine beratende Funktion herabgestuft. Die AKP-Regierung forcierte den in Gang gekommenen Prozess, und es folgten ab 2003 weitere rechtliche Reformen, die die Macht des Militärs weiter einschränkten.

und Unzuverlässigkeit charakteristisch. Daher genießt das Militär trotz mehrerer Putschs das größte Vertrauen in der türkischen Bevölkerung. (Aydin & Keyman, 2004: 21).

8. Premierminister Erdogan ist der Überzeugung, dass die eigenen Wertvorstellungen mit den zivilisatorischen Werten der EU harmonisieren. Eine EU-Mitgliedschaft der Türkei wäre seiner Ansicht nach ein Beleg dafür, dass unterschiedliche Kulturen und Zivilisationen auf der Grundlage universeller Werte zusammenfinden können. Hierin sieht er eine Chance für den Weltfrieden (Erdogan, in: Hürriyetim, 28.6.2005).

Die AKP-Regierung möchte die Türkei zu einem demokratischen Vorbild für die islamische Welt entwickeln und die Kompatibilität von Islam und Demokratie beweisen. Im neuen internationalen System wirtschaftlich und politisch auf eine gesunde Grundlage gestellt, strebt sie letztlich die Widerlegung der These vom „clash of civilisations“ an (Gülalp, 2005: 81,85). Insgesamt betrachtet die derzeitige AKP-Regierung die vollständige Verankerung in der EU als Garant der Sicherheit der Türkei nach innen und nach außen (Cremer et al., 2004: 34).

In dem langen Zeitraum, der für den Beitrittsprozess vorgesehen ist, gibt es aus Regierungssicht aber auch viele Unwägbarkeiten wie wesentliche Politikveränderungen, die sich in einer bis auf 29 Mitgliedsstaaten angewachsenen EU ergeben können (ABGS, 2004). Beachtliche Unsicherheiten, auf die die Regierung keinen Einfluss hat, aber sie das politische Überleben kosten kann, resultieren aus den Türkei-unabhängigen EU-internen Krisen und deren Auswirkungen auf die Bereitschaft, die Türkei als Mitglied aufzunehmen. Ein innenpolitisches Risiko liegt darin begründet, dass die Umsetzung von Gesetzen in die Praxis viel Zeit benötigen wird.

Die politischen Parteien

Bei den Nationalwahlen 2002 gewannen die AKP 34,2% und die Republikanische Volkspartei (CHP) 19,4% der Stimmen. Dadurch erhielten die beiden Parteien 66% bzw. 34% der Parlamentssitze. Die AKP gewann die Verfassungsmehrheit und die CHP bildet die einzige Oppositionspartei. Die prokurdische DEHAP scheiterte, weil sie zwar in fünf von 81 Provinzen 45% der Wahlstimmen erhielt, aber landesweit nur 6% erreichte (Aydin & Keyman, 2004: 38). Infolgedessen sind 46% der Wählerstimmen nicht im Parlament repräsentiert (OEIES, 2004: 5).

Die Positionen der Parteien sollen hier an den EU-Haltungen ihrer Wählerschaften reflektiert werden, wofür die Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage in

Wahlkreisen zu einem möglichen EU-Beitritt (2003/2004) hilfreich sind (Yılmaz, 2005a).

Mit einer einzigen Ausnahme, den Wählern der pro-islamischen SP, stimmten die Wähler aller Parteien mit großer Mehrheit für einen EU-Beitritt; im Durchschnitt 74%. Die Wählerschaft der rechts-nationalistischen Partei MHP stimmte sogar noch zu rund 60% mit „Ja“. Die Wähler der Mitte-rechts-Parteien (ANAP, DYP) lagen im nationalen Durchschnitt und AKP-Wähler stimmten mit 71% „Ja“. Wähler der Mitte-links-Parteien (prokurdische DHP und kemalistische CHP favorisierten am stärksten einen EU-Beitritt (rund 85%).

Noch bis vor wenigen Jahren kam für die MHP ein EU-Beitritt der Zerschlagung und dem Ausverkauf der Türkei gleich. Mittlerweile zeigt sie bei Beitrittserfordernissen Kompromissbereitschaft – vermutlich wegen der Einstellungsänderung ihrer Wählerschaft (Cremer et al., 2004: 30). Dennoch hält sie daran fest, dass die EU die Türkei niemals aufnehmen werde, egal was die Türkei dafür tut (Gülalp, 2005: 77).

Nahezu die gesamte politische Linke in der Türkei ist pro-EU eingestellt. Die einzige Ausnahme bildet die Türkische Kommunistische Partei (TKP), die sich gemeinsam mit der Kommunistischen Partei Griechenlands eindeutig gegen den „institutionalisierten Imperialismus“ der EU positioniert (TKP, 2004). Die CHP hat den politischen Reformprozess seit Ende 2002 eher halbherzig unterstützt oder gar in der Zypern-Frage Opposition bezogen. Die politische Führung der CHP steht in der EU-Frage im extremen Gegensatz zu ihrem Wählerpotenzial, das sich unter allen Wählerschaften mit 86% einen EU-Beitritt am stärksten wünscht. Die CHP wird hauptsächlich von türkischen Aleviten gewählt. Kurdische Aleviten hingegen meiden eher die CHP wegen ihrer Verbindungen zum Militär.

Die potenziellen Wähler wurden in der Umfrage nach dem größten erwarteten Nutzen eines EU-Beitritts gefragt. Sie konnten unter mehreren Nutzenkategorien wählen. „Positive ökonomische Effekte“ wurden mit 27% am häufigsten genannt und zwar hauptsächlich von Wählern der säkularen Mitte-Rechts-Parteien. MHP-Wähler setzten sogar überdurchschnittlich große Hoffnungen daran.

„Korruptionsbekämpfung“ wurde mit 19% am zweithäufigsten genannt, vor allem von tendenziell rechts wählenden Befragten, die sich zudem als „sehr religiös“ einschätzten. „Fortschreitende Demokratisierung“ und stärkere „politische Beteiligung der Bevölkerung“ wurde mit 17% an dritter Stelle als größter Vorteil eines EU-Beitritts gewählt. Dafür zeichneten die Wählerschaften des linken Spektrums verantwortlich, die sich auch als „wenig religiös“ einstufen (Yılmaz, 2005b 9-10).

Die AKP ist ein sehr inhomogenes Gebilde und setzt sich aus zumindest drei Flügeln zusammen: Konservativen, Liberalen und Islamisten (DGB, 2005: 13). Im Rechts-Links-Spektrum lässt sie sich schwer einordnen. Ihre Zielsetzung „EU-Beitritt“ ist der gemeinsame Nenner aller. Solange die AKP-Regierung sich offen zu ihren islamischen Wurzeln bekennt *und* demokratisch ist, also die Transformation konsequent voran bringt und die Beitrittsperspektive fort besteht, ist ihr innerer Zusammenhalt gesichert, ihre Glaubwürdigkeit nach außen unter ihren Wählern, in- und ausländischen Wirtschaftsakteuren und gegenüber der EU garantiert (Gülalp, 2005).

Die Reformer der AKP erheben einen neuen Anspruch an sich selbst, nämlich die Einführung von staatlich garantierter Religionsfreiheit und die Beweisführung von der Vereinbarkeit von Demokratie und Islam (Karaman, o.J. / Gülalp, 2005: 76, 85). Gelingt der AKP das EU-Projekt, wird sie in die Geschichte als diejenige Partei eingehen, die den jahrhundertealten zivilisatorischen Traum von Europa verwirklicht hat. Misslingt der Beitrittsprozess – ob durch eigenes Versagen oder durch Unwillen auf Seiten der EU – würde das für sie den eigenen Niedergang bedeuten (Grigoriadis, 2004) – und die Rückkehr zum kemalistisch-nationalistischen Laizismus oder gar Islamismus (Agai, 2004).

Das Militär

Seit den Ursprüngen der türkischen Republik bis in die jüngste Vergangenheit war das türkische Militär Garant für den Laizismus und die Westorientierung der Türkei. Die islamistische Gewalt und der separatistische Kampf der PKK galten als die größten Gefahrenpotenziale. Die Funktion, eine Bastion gegen diese Gefahren zu bilden, legitimierte und sicherte dem türkischen Militär Entscheidungsmacht in nationalen politischen Fragen mittels des Nationalen Sicherheitsrates (NSR). Seitdem sich aber die zuvor jahrzehntelangen vagen Beitrittsaussichten konkretisiert haben, befindet sich das Militär nun in einem Dilemma. Die politische Liberalisierung des Landes schreitet mehr denn je voran, aber sie bedeutet einen radikalen Bruch mit kemalistischen Traditionen (Agai, 2004). Sprachliche und religiöse Diversität sind nun rechtlich anerkannt und führen zur Aufweichung des ehernen Grundsatzes von der Einheit der Republik und der türkischen Identität, die auf einer „türkisch-sunnitischen“ Kultur der Bürger beruhte (Agai, 2004). Der NSR wurde seiner exekutiven Funktionen enthoben, wodurch das Militär das meiste seiner

formalen politischen Macht eingebüßt hat. Dies geschah im Konsens mit dem türkischen Militär.

In der Frage zum EU-Beitritt führt dieser Zwiespalt zu widersprüchlichen Aussagen der kemalistischen politischen Kreise. Einerseits beziehen die Militärs offiziell Position für den EU-Beitritt, mit dem die Vision des Staatsgründers Atatürk, die Türkei fest in Europa zu verankern, endlich Wirklichkeit werden würde. Außerdem versprechen sich die Militärs vom Beitrittsprozess eine Lockerung der Bindung an die USA (Woollacott, 18.12.2004). Die türkische Armee könne laut dem türkischen Journalisten Mehmet al.i Birand im Falle eines EU-Beitritts zudem darauf hoffen, im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ein wichtiger Teil der Europäischen Armee zu werden (Birand, 23.5.2004). Bei der Suche nach einer Lösung des Zypernkonflikts verhielten sich die militärischen Kreise ungewohnt passiv-neutral, was als ein deutliches Zeichen für ein allmähliches Nachgeben in ihrer streng nationalistischen Haltung gedeutet wird (Önis, 2004: 7). Andererseits prophezeien Vertreter des Militärs durch einen EU-Beitritt den Verlust der unitären Staatsstruktur und des Nationalstaates (Cremer et al., 2004: 29). Allem voran sieht das laizistische Establishment das Wiederaufflammen alter Gefahren, denen gerade der Beitrittsprozess Tür und Tor öffnen würde. Sie befürchten eine neue islamistisch-revolutionäre Bewegung. Da die AKP nun an die Regierungsmacht gelangt ist, kämen die Islamisten ihrem Traum von einem türkischen Gottesstaat in dem Maße näher, wie der Garant der laizistischen Staatsordnung, das Militär, als politischer Akteur entmachtet wird. Zudem erkennen sie separatistische Bemühungen nicht nur in der „kurdischen Frage“, die sich erneut stelle (Cremer et al., 2004: 35). Die Befürchtung ist groß, dass die EU den Vertrag von Sèvres von 1920 verwirklichen will, der in der Türkei heute noch als das Symbol für die Zerschlagung der Türkei gilt.²⁶ Außerdem stellen sie die Frage, wozu die Türkei Souveränitätsrechte an die EU abgeben und in der Zypern- und Ägäisfrage ohne Kompromissbereitschaft der griechischen Seite einseitige Zugeständnisse machen solle, wenn letztlich die Beitrittsverhandlungen keine Garantie für einen EU-Beitritt bedeuteten (Peuch, 15.6.2005).

²⁶ Nach dem 1. Weltkrieg teilte der Vertrag von Sèvres das besiegte Osmanische Reich unter den europäischen Siegermächten auf und sah u.a. die Gründung eines armenischen Staates oder kurdische Selbstverwaltung vor. Der Vertrag von Lausanne (1923) erklärte den Vertrag von Sèvres für ungültig.

Die Kommunen

Mit der in der Türkei einsetzenden Dezentralisierung der öffentlichen Verwaltung, wie sie im Gesetzesentwurf zur Verwaltungsreform festgelegt ist, kommen auf die Gemeinden neue Aufgaben- und Kompetenzbereiche zu (Esen, 2005: 5-6). Die Ergebnisse einer Befragung von führenden Kommunalverwaltern ist nicht für alle lokalen Selbstverwaltungen landesweit repräsentativ, da die Studie auf die westliche Mittelmeerregion begrenzt war. Aber die Antworten der befragten Kommunalverwalter können Anhaltspunkte liefern. Drei Viertel von ihnen bewerteten die „Ziele und Praktiken der EU allgemein“ als positiv. Im Falle eines EU-Beitritts können sie sich einen positiven Einfluss auf die wirtschaftlichen und politischen Probleme des Landes vorstellen, in Form von Wohlstandssteigerung, weniger Inflation und Arbeitslosigkeit und „mehr demokratischen Rechten“. Positive Auswirkungen auf die politische Stabilität des Landes und Korruptionsbekämpfung werden zwar auch noch mehrheitlich erwartet, aber mit einer weitaus geringeren Zustimmung. Allerdings sind sie nicht der Auffassung, dass die EU die endgültige Lösung dieser Probleme sein kann. Außerdem gehen sie davon aus, dass nationale Traditionen und Werte in Einklang mit der Westorientierung gewahrt werden. In puncto „Erhalt der nationalen Einheit“, Abtretung von nationalen Souveränitätsrechten oder Lösung der Ägäis- und Zypernkonflikte sehen sie einer EU-Mitgliedschaft überwiegend mit Misstrauen entgegen (Esen, 2005: 55-57, 59, 62-64).

Die Modernisierung der türkischen Politik angesichts europäischer Erwartungen

Zur Überprüfung, inwieweit die Erwartungen der politischen Akteure an einen EU-Beitritt mit den realen Vorgaben und deren Folgen übereinstimmen, werden im Folgenden die wichtigsten Erwartungen überprüft. Diese sind die potenzielle politische Macht der Türkei in einer EU-29, die weitere Demokratisierung und Korruptionsbekämpfung.

Die Nutzenerwartung der derzeitigen türkischen Regierung, als EU-Mitglied relativ großen Einfluss auf Entscheidungsprozesse innerhalb der EU nehmen zu können, ist realistisch. Nach den aktuellen Abstimmungsregeln der EU, die im Vertrag von Nizza festgelegt sind, würde die Türkei zum zweitmächtigsten Staat innerhalb der EU-29 werden. Die Verteilung der Stimmrechte unter den EU-Mitgliedern, wie sie die (vorläufig gescheiterte) EU-Verfassung regelt, würde daran nichts ändern.

Das politische Gebilde der EU wird sich in den kommenden zehn bis 20 Jahren kontinuierlich verändern, insbesondere im Zusammenhang mit dem vierten Kopenhagener Beitrittskriterium, welches lautet: „... die Fähigkeit der Union, neue Mitglieder aufzunehmen, dabei jedoch die Stoßkraft der europäischen Integration zu erhalten“ (OEIES, 2004: 2). Dies birgt für die Türkei gewisse Unwägbarkeiten. Für einen EU-Beitritt kommt es also nicht nur darauf an, dass die Türkei die ersten drei Kopenhagener Kriterien erfüllt. Zudem muss sich die EU selbst in der Lage sehen, die Türkei aufnehmen zu können. Auf die EU-internen Vorgänge während der Beitrittsphase hat die Türkei kaum Einflussmöglichkeiten. Außerdem berechtigt der Verhandlungsrahmen die EU-Kommission, „... lange Übergangsmaßnahmen, Ausnahmeregelungen, spezifische Vereinbarungen oder dauerhafte Schutzklauseln“ auf den Gebieten wie freier Personenverkehr, Strukturpolitik oder Landwirtschaft für die Türkei zu ergreifen (Euractiv, 30.6.2005).

Der Wunsch nach fortschreitender Demokratisierung und stärkerer politischer Beteiligung der Bevölkerung mit Hilfe des Beitrittsprozesses wird nicht nur von Akteuren aus der Politik geäußert, sondern vielfach auch von Interessengruppen vorgebracht, die in den Kapiteln „Wirtschaft“ und „Gesellschaft“ vorgestellt wurden. Ein insbesondere für Minderheiten, vor allem Kurden, relevanter Aspekt im türkischen Wahlrecht ist die 10%-Hürde für politische Parteien für den Einzug ins nationale Parlament. Diese Regelung benachteiligt kleinere Parteien, wodurch Minderheiten auf Landesebene schlechter repräsentiert sind. Der Fortschrittsbericht 2004 der EU-Kommission erwähnt, dass keine Änderung an der 10%-Hürde vorgenommen wurde, formuliert dies aber auch nicht deutlich als eine noch zu erfüllende Bedingung für den EU-Beitritt (EU-Kommission, 2004: 51). Konkrete Aussichten bietet hingegen die anstehende Verwaltungsreform, mit der eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung angestrebt wird. Dezentralisierungsmaßnahmen verlagern die Durchführungskompetenz in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Kultur, Umwelt, etc. von den nationalen auf die lokalen Behörden, wobei auch die Kooperation der lokalen Administration mit zivilgesellschaftlichen Organisationen vorgesehen ist (Aydın & Keyman, 2004: 36).

Ein wesentlicher Faktor im Demokratisierungsprozess der Türkei ist die veränderte politische Rolle des Militärs. Aydın & Keyman (2004) machen in ihrer Analyse das Potential für ein radikal verändertes Verhältnis zwischen Militär und Zivilgesellschaft deutlich, das aus den legislativen Neuerungen seit Herbst 2001 erwächst. Unter anderem ist der Nationale Sicherheitsrat

(NSR) ausschließlich auf seine beratende Funktion in der Politik des Landes verfassungsmäßig begrenzt worden, zum ersten Mal untersteht der NSR einer zivilen Leitung, hat keine Kontrolle mehr über die Verteidigungsausgaben und auch keine Einflussnahme mehr auf Hochschulbildung und Rundfunk und Fernsehen (EU-Kommission 2004: 22-24).

Eine unter den verschiedenen Akteuren ebenfalls weit verbreitete Hoffnung im Zusammenhang mit einem EU-Beitritt ist die Bekämpfung von Korruption. Sie ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass hinter der Wirtschafts- und Finanzkrise von 2001 eigentlich eine politische Krise steckte, die wiederum aus „... der korrupten Natur der türkischen Politik und Klientelwirtschaft resultierte“ (Aydin & Keyman: 2004: 40). Seit der Krise hat die Türkei mehrere relevante internationale und europäische Übereinkommen ratifiziert und ist 2004 der Gruppe von Staaten gegen Korruption (GRECO) beigetreten, die die Einhaltung der europäischen Standards zur Korruptionsbekämpfung überwacht. Eine Reihe von Maßnahmen zur Bekämpfung von Korruption wurde ergriffen, wovon der Bericht 2003 des parlamentarischen Ausschusses für Korruptionsbekämpfung besonders erwähnenswert ist. Der Ausschuss führte in vielen Bereichen (Banken, Bauwesen, Ausschreibungsverfahren, Kommunalverwaltung, Gesundheit, Sozialversicherung, Privatisierung, Landwirtschaft, Universitäten, Justiz- oder Innenministerium etc.) eine umfassende Untersuchung durch. Deren Ergebnisse bewirkten unter anderem, dass gegen zwei ehemalige Staatsminister vor dem Hohen Gerichtshof Anklage erhoben wird. Darüber hinaus steht mittlerweile der Umfang der parlamentarischen Immunität in der Türkei zur Diskussion, und die Gründung eines Ethikausschusses für Staatsbedienstete ist beschlossen worden.

Die Beitrittsperspektive verlangt die Fortführung dieses Prozesses. Eine der Vorgaben der Beitrittspartnerschaft der EU mit der Türkei ist die „intensive Bekämpfung ... der Korruption ... (durch die) ... Übernahme und Umsetzung des gemeinschaftlichen Besitzstands (im Bereich der) Korruption (...), eine Verbesserung der administrativen Kapazitäten und eine engere Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Vollzugsorganen in Übereinstimmung mit den EU-Standards“ (Europäischer Rat, 2003: 49, 54). Auch von Seiten des Internationalen Währungsfonds (IWF) steht die Türkei unter Druck, das Ausmaß an Korruption zurückzudrängen. Die wichtigste Bedingung für den Erhalt von IWF-Krediten nach der schweren Krise 2001 war die Restrukturierung des türkischen Staates zur Entkopplung der Wirtschaft von der türkischen Politik. Diese Bedingung war oberste Zielsetzung im (damaligen)

Wirtschaftsprogramm der Türkei (Aydin & Keyman, 2004: 11).

Fazit

Es ist nicht sicher, ob der Modernisierungsprozess der Türkei bereits eine so starke Eigendynamik entwickelt hat, dass die Türkei ihn auch ohne eine EU-Beitrittsperspektive fortführen könnte. Sicher ist aber, dass der Prozess durch das Zugpferd EU-Beitritt wesentlich beschleunigt ist. Darin sind sich die Beitrittsbefürworter einig.

In der Türkei ist bereits ein Großteil der Rechtsgrundlagen für den Harmonisierungsprozess mit der EU geschaffen worden. Neben dem daraus resultierenden wirtschaftlichen Wandel ist es vor allem der politische Reformprozess, der an übergeordneten, gesamtgesellschaftlichen Fragen rührt. Zu diesen gehören das Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft, Staat und Ökonomie, Politik und Militär sowie Militär und Zivilgesellschaft und schließlich auch die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Begriff der „Identität“, die einer Klärung der Identität voraus gehen muss. Zudem sieht Serhan Cevik von Morgan Stanley den „eigentlichen Wert eines EU-Beitritts“ der Türkei im Aufbau eines „Gefüges von sozialem Vertrauen und einer verminderten ideologischen Polarisierung“ in der türkischen Gesellschaft (Cevik, 27.4.2004). Möglicherweise spielen diese Aspekte für die türkischen Akteure in ihren hypothetischen Entscheidungen zu einem EU-Beitritt ebenfalls eine Rolle.

Bibliographie

- ABGS (Avrupa Birliği Genel Sekreterliği) (2004): Türkiye'nin üyeliği perspektifinden kaynaklanan hususlar. http://www.mfa.gov.tr/NR/rdonlyres/BC69BCD0-42C9-44FD-8E8E-3238A8E30C07/0/etki_degerlendirme.pdf
- ABGS (Avrupa Birliği Genel Sekreterliği) (2003): National Programme or the Adoption of the Acquis, Official Gazette dated 24 July 2003, No. 25178 bis. <http://www.abgs.gov.tr/NPAA/up.htm>
- ab.kemalist.org (o.J.): Gümrük Birliği mi Sömürge Anlaşması mı
<http://ab.kemalist.org/modules.php?name=Content&pa=showpage&pid=13>
- Acuner, Selma & Bilgütay, Müjde (27.7.2004): AB'yle ya da AB'siz: Kadın-Erkek Eşitliği! BIA Haber Merkezi, İstanbul.
http://www.ucansupurge.org/index.php?option=com_content&task=view&id=511&Itemid=72
- Agai, Bekim (2004): Islam und Kemalismus in der Türkei. In: Politik und Zeitgeschichte (B33-34 / 2004). <http://www.bpb.de/publikationen/HW3V8L.html>
- Agai, Bekim (6.7.2005): Telefonat vom 6.7.2005
- Airaudo, Marco / Dervis, Kemal / Gros, Daniel / Öztrak, Faik / Bayar, Firat / Isik, Yusuf (2004): Stabilising Stabilisation. EU-Turkey Working Papers, No. 7, September 2004, Centre for European Policy Studies (CEPS), Brussels and Economics and Foreign Policy Forum, İstanbul
- Aktan, Gündüz (2.3.2005): The second biggest obstacle. In: Turkish Daily News, 2.3.2005, <http://www.turkishdailynews.com.tr/article.php?enewsid=7296>
- Aras, Bülent (2004): Failure of Political Islam in Turkey. In: Turkish Policy Quarterly, Vol. 3, No. 1.
http://www.turkishpolicy.com/default.asp?show=spr_2004
- Auswärtiges Amt der Bundesrepublik Deutschland: http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/laenderinfos/laender/laender_ausgabe_html?type_id=2&land_id=176
- Aydın, Senem & Keyman, E. Fuat (2004): European Integration and the Transformation of Turkish Democracy. EU-Turkey Working Papers, No. 2, August 2004, Centre for European Policy Studies (CEPS), Brussels and Economics and Foreign Policy Forum, İstanbul
- Baldwin, Richard & Widgrén, Mika (2005): The Impact of Turkey's Membership on EU voting. CEPS Policy Brief, No. 62/feb 2005, Centre for European Policy Studies (CEPS), Brussels.
- Belovacıklı, Mete (2002): Yerel Medya ve Demokrasi. http://www.byegm.gov.tr/seminerler/tunceli_ix/tunceli_8.htm
- Berkan, İsmet (19.11.2003): National Issue, National Goal. In: Radikal, 19.11.2003
<http://www.byegm.gov.tr/yayinlarimiz/chr/ing2003/11/03x11x19.htm#%2010>
- bianet (27.7.2004): AB'yle ya da AB'siz: Kadın-Erkek Eşitliği! BIA Haber Merkezi, İstanbul
- bianet (30.5.2005): Kadınlar TCK'da Kazandı Simdi Izyecekler. BIA Haber Merkezi, İstanbul
<http://www.bianet.org/2005/05/30/61713.htm>
- Birand, Mehmet al.i (19.5.2004): Bu yazıyı kesip saklayın (1). <http://www.hurriyetim.com.tr/yazarlar/yazar/0,,authorid~69@sid~9@tarih~2004-05-19-m@nvid~414436,00.asp>
- Birand, Mehmet al.i (23.5.2004): If Turkey becomes an EU member, the Turkish Army's role will be more important!
<http://www.info-turk.be/309.htm#Briant:%20%22If%20Turkey%20>
- Çakmak, Erol, H. (2004): Structural Change and Market Opening in Turkish Agriculture. EU-Turkey Working Papers, No. 10, Sept 2004, Centre for European Policy Studies (CEPS), Brussels and Economics and Foreign Policy Forum, İstanbul
- Çölasan, Emin (25.8.2005): „Türkiyelilik!!!“ In: Hürriyetim
http://www.hurriyetim.com.tr/archive_articledisplay/0,,authorid~5@sid~9@nvid~621915,00.asp
- Cremer, Jan / Dietert, Amke / Kızıyaprak, Zeynel Abidin / Steinbach, Udo (2004): Die Europäische Union und die Türkei. Eine politische Bestandsaufnahme. In: DOI-Focus, Nr. 17, Nov 2004. Deutsches Orient-Institut, Hamburg.
<http://www.duei.de/doi/de/content/onlinepublikationen/doifocus/Focus17.pdf>
- Dem Gazetesi (10.5.2005): Aleviler AB'ye evet kampanyası başlattılar!
- Dervis, Kemal / Gros, Daniel / Öztrak, Faik / Bayar, Firat / Isik, Yusuf (2004a): Relative Income Growth and Convergence. EU-Turkey Working Papers, No. 8, September 2004, Centre for European Policy Studies (CEPS), Brussels and Economics and Foreign Policy Forum, İstanbul
- Dervis, Kemal / Gros, Daniel / Öztrak, Faik / Isik, Yusuf (2004b): Turkey and the EU Budget: Prospects and Issues. EU-Turkey Working Papers, No. 6, August 2004, Centre for European Policy Studies (CEPS), Brussels and Economics and Foreign Policy Forum, İstanbul
- DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund) (2004): DGB-Diskussionspapier zur Beitrittsperspektive der Türkei zur Europäischen Union
http://www.dgb.de/themen/themen_a_z/abiszdb/abiszsearch?searchtype=vtext&kwd=t%FCrkei&x=0&y=0
- DGB (DGB Bildungswerk, Hrsg.) (2005): Tradition und Wandel. Länderprofil Türkei. DZE, Essen
- DIE (Devlet İstatistik Enstitüsü) (2004): Turkey's Statistical Yearbook 2004
http://www.die.gov.tr/yillik/yillik_2004_eng.pdf

- DIE (2005): Türkiye'de Bireylerin Avrupa Birliği Üyeligine Bakisi / Attitudes of Individuals towards European Union Membership in Turkey.
http://www.die.gov.tr/yma/ymaAB_eng.htm
- DPT (Devlet Pılanlama Teskilati) (2004): Pre-Accession Economic Programme 2004. Ankara
<http://www.dpt.gov.tr/abigm>
- DTM (Dış Ticaret Müstesarlığı) (2005a): Türkiye'nin Dış Ticareti ve AB'nin Payı
<http://www.foreigntrade.gov.tr/ab/rakamlar/ditcaret.htm>
- DTM (Dış Ticaret Müstesarlığı) (2005b): Türkiye'nin AB ile Ticaretinin Sektörel yapısı
<http://www.foreigntrade.gov.tr/ab/rakamlar/dit-caret.htm>
- Esen, Erol (2005): Grundzüge der Kommunalverwaltung und die europäische Integration der Türkei: Strukturen, Aufgaben und Standpunkte. ZEI Discussion Paper, C 147 2005. Bonn
- EU Commission (2002): National Programme for the Adoption of the Acquis (NPAA) 2001
http://europa.eu.int/comm/enlargement/turkey/pdf/npaa_full.pdf
- EU-Kommission (2004): 2004 Regelmäßiger Bericht über die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt, 6.10.2004, SEK (2004) 1201, Brüssel
http://europa.eu.int/comm/enlargement/report_2004/pdf/rr_tr_2004_de.pdf
- EU-Kommission (29.6.2005): Kommission beginnt Dialog mit der Zivilgesellschaft über die Erweiterung. IP/05/805, Brüssel
- EU Commission (2005a): The European Constitution: Post-referendum survey in France, June 2005.
http://europa.eu.int/comm/public_opinion/flash/fl171_en.pdf
- EU Commission (2005b): The European Constitution: Post-referendum survey in The Netherlands, June 2005.
http://europa.eu.int/comm/public_opinion/flash/fl172_en.pdf
- European Commission (2005c): Eurobarometer 62 Autumn 2004, Public Opinion in the European Union, National Report, Executive Summary Turkey, February 2005,
http://europa.eu.int/comm/public_opinion/archives/eb/eb62/eb62_tr_exec.pdf
- Europäischer Rat (2003): Beschluss des Rates vom 19. Mai 2003 über die Grundsätze, Prioritäten, Zwischenziele und Bedingungen der Beitrittspartnerschaft mit der Türkei (2003/398/EG). Amtsblatt der Europäischen Union, L 145/40, 12.6.2003
http://europa.eu.int/comm/enlargement/turkey/pdf/revised_ap_de.pdf
- Euractiv (30.6.2005): Kommission legt "strengen" Rahmen für Beitrittsverhandlungen mit der Türkei vor
<http://www.euractiv.com/Article?tcmuri=tcm:31-141700-16&type=News>
- flash-bulletin (30.6.2005): Turkish parliament overrides president's veto, approves penal code amendments? " AP, Istanbul.
<http://www.flash-bulletin.de>
- Gözke, Özge (7.10.2004): Baska bir avrupa Birliği mümkün mü? BIA Haber Merkezi, Istanbul.
http://www.ucansupurge.org/index.php?option=com_content&task=view&id=17&Itemid=72
- Grigoriadis, Ioannis N. (2004): AKP and the Paradox of Islamic Europhilia. Turkish Policy Quarterly, Vol. 3, No.2.
<http://www.turkishpolicy.com/default.asp?show=articles>
- Gros, Daniel (2005): Economic Aspects of Turkey's Quest for EU Membership, CEPS Policy Brief, No. 69, April 2005. Centre for European Policy Studies (CEPS), Brussels
- Gül, Abdullah (2003): Turkey's Vision for the Transatlantic Partnership. Turkish Policy Quarterly, Vol. 2, No.2.
<http://www.turkishpolicy.com/default.asp?show=articles>
- Gülalp, Haldun (2005): The Turkish Route to Democracy: Domestic Reform via Foreign Policy. In: Wells, Samuel & Kühnhardt, Ludger (eds.): The Crisis in Transatlantic Relations, ZEI Discussion Paper C 143, 2005, pp. 75-85. <http://www.zei.de>
- HAK-IS (2005): Tekstil Sektörü: Sorunlar ve Çözüm Önerileri. Ankara.
<http://www.hakis.org.tr/raporlar/ozipliktekilraporu.pdf>
- Hürriyetim (28.6.2005): Erdogan: Türkiye AB rotasında devam edecek
<http://www.hurriyetim.com.tr/haber/0,,sid~342@nvid~597018,00.asp>
- Isık, Haydar (17.7.2004): Avrupa Birliği ve Kürtler.
<http://www.ozgurpolitika.org/2004/07/17/hab47.html>, Zugang am 17.6.2005
Özgür Politika wurde vom BMI am 5.9.2005 verboten. Nähere Informationen hierzu:
http://www.bmi.bund.de/cln_028/nn_122688/Internet/Content/Nachrichten/Pressemitteilungen/2005/09/Verbot__extremistische__Vereine.html
- IKV (İktisadi Kalkınma Vakfı) (2004): Katılım Öncesi Süreçte Türkiye-Avrupa Birliği Seminerleri".
<http://www.euturkey.org.tr/abportal/uploads/files/Anket.doc>
- Incesu, Metin (18.2.2005): Die Kurden in Europa und die Türkei. In: Kurdistan Rundbrief, Nr. 1, Jg. 18, 18.2.2005
<http://www.kurdistan-rundbrief.de/2005/kr050104.html>
- Independent Commission on Turkey (2004): Turkey in Europe: More than a promise? Report of the Independent Commission on Turkey, September 2004
<http://www.independentcommissiononturkey.org/pdfs/english.pdf>

- Kadritzke, Niels (15.4.2005): Die Ermordung der Armenier und die gesellschaftliche Amnesie – Fragen an die Türkei. In: *Le Monde diplomatique*.
<http://www.monde-diplomatique.de/pm/2005/04/15.mondeText.artikel,a0007.idx,0>
- Kaleagasi, Bahadır (o.J.): AB'den beklentilerimiz.
http://www.abhaber.com/gorus/gr_0051.asp
- Karaman (o.J.): Islamcılar Degisti mi?
<http://www.hayrettinkaraman.net/yazi/makaleler/0183.htm>
- Kart, Emine (4.9.2005): Tarhanlı: Turkey's declaration on Cyprus is a legal thesis
<http://www.turkishdailynews.com.tr/article.php?enewsid=22503>
- Kaya, Ibrahim (2002): Güney Kıbrıs'ın AB üyelik girişimi hukuka aykırıdır.
<http://ab.kemalist.org/modules.php?name=News&file=article&sid=295>
- Kirisci, Kemal (2003): Turkey: A Transformation from Emigration to Immigration.
 Migration Information Source, Washington, D.C.
<http://www.migrationinformation.org/Profiles/display.cfm?ID=176>
- Köprülü, Kemal (2001): The role of Civil Society in Turkey and in Turkey's accession to the EU. European Policy Centre, Brussels
<http://www.theepc.be/en/default.asp?TYP=TEWN&LV=187&see=y&PG=ER/EN/directa&AI=141&CAT=113>
- Köylü, Hilal (7.1.2005): AB'ye uyum kadın için acil. In: *Radikal*, 7.1.2005
- Kongra-Gel (Kommission für Außenbeziehungen des Kurdistan Volkskongresses (3.10.2004): EU und die Türkei aus Sicht der Kurden.
<http://www.nadir.org/nadir/initiativ/isku/erklaerungen/2004/10/01.htm>
- KOSGEB: The Multiannual Programme (MAP) for Enterprise and Entrepreneurship
<http://map.kosgeb.gov.tr/english/index.html>
- Koyuncu, Berrin (2004): Küresellesme ve müsiad: bir müslüman İsadami derneğinin küresellesmeye eklenmes
<http://155.223.1.158/edergi/sosyoloji/2004/s1213/3.pdf>
- Manisalı, Erol (2003): Yedinci Yilinda Gümrük Birliği ve Türkiye AB İlişkileri.
[http://www.istanbul.edu.tr/iktisat/eManisalı/Türkiye_AB/\(Eingestellt am 20.2.2003\)](http://www.istanbul.edu.tr/iktisat/eManisalı/Türkiye_AB/(Eingestellt%20am%2020.2.2003))
- MPI (Migration Information Institute) (2003): Remittance Data. Washington, D.C.
<http://www.migrationinformation.org/Feature/display.cfm?ID=137#2>
- Müftüoğlu, Özgür (2004a): Avrupa Birliği neden savunulur? 29.10.2004
<http://www.antimai.org/bs/ozgurm5yazi.htm>
- Müftüoğlu, 2004b: Avrupa Birliği'ne neden karşı olunur? 5.11.2004
<http://www.antimai.org/bs/ozgurm5yazi.htm>
- Müftüoğlu, 2004c: AB reform sürecinde sermaye ve cemaatleri buluşturan alan: Sivil toplum kuruluşları. 26.11.2004
<http://www.antimai.org/bs/ozgurm5yazi.htm>
- OEIES, Österreichisches Institut für Europäische Sicherheitspolitik,(2004): Arbeitspapier des OEIES, November 2004
http://www.oeies.or.at/Kopenhagener%20Kriterien_plus%20Beilagen.pdf
- Önis, Ziya (2004): Turkish Modernization and challenges for the new Europe.
<http://home.ku.edu.tr/~zonis/Modernization.pdf>
- Önis, Ziya (2005): The Political Economy of Islam and Democracy in Turkey: From the welfare party to the AKP. Revised Draft-May 2005
http://home.ku.edu.tr/~zonis/ONIS_FromWelfarePartytotheAKP.pdf
- Oskam, Arie / Burrell, Alison / Temel, Tugrul / van Berkum, Siemen / Longworth, Natasha / Vilchez, Irene Molina (2004): Turkey in the European Union: Consequences for Agriculture, Food, Rural Areas and Structural Policy.
<http://www.socialsciences.wur.nl/aae/projects/Turkey/otaal-including%20cover.pdf>
- Oskam, Arie / Burrell, Alison / Temel, Tugrul / van Berkum, Siemen / Longworth, Natasha / Vilchez, Irene Molina (2005): Turkey in the European Union: Consequences for Agriculture, Food, Rural Areas and Structural Policy. In: Emerson, Michael & Aydın, Senem (eds.) (2005): Turkey in Europe Monitor, No. 1-14, Jan 2004 - Feb 2005: 141-149. CEPS. Commissioned by the Dutch Ministry of Agriculture, Nature and Food Quality.
- Özdemir, Mehmet (2004): Bu is en fazla turizme yarar!
<http://www.anatoliajournal.com/atad/anatoliadan.htm>
- Öztürk, Ibrahim (2005): 2004 Yili degerlendirmesi. 2005 - Yari yil degerlendirmesi ve beklentiler. Ekonominin gülendirilmesi için müsiad'ın Çözüm önerileri
http://www.musiad.org.tr/img/yayinlarRaporlar/ekonomi_raporu_2005.pdf
- Peuch, Jean-Christophe (15.6.2005): Turkey: Leaders Present Brave Face On EU Crisis, But Concerns Run High
<http://www.truthnews.net/month/2006060030.htm>
- Pollmark (2005): Türkiye Gündemi Araştırmaları. Ocak 2005 ve Mart 2005
http://www.pollmark.com.tr/arastirmalar/gundem/Pollmark_TGA_Ocak2005.pdf
http://www.pollmark.com.tr/arastirmalar/gundem/Pollmark_TGA_Mart2005.pdf
- Sarıkaya, Muharrem (2002): Avrupa Birliği.
http://www.byegm.gov.tr/seminerler/tunceli_ix/tunceli_9.htm
- Schultz, Siegfried (2005): The EU's medium-term financial perspective and the potential slice of Turkey.

- Unveröffentlichtes Manuskript, Friedrich Ebert-Stiftung, Bonn
- Smith, Helena & Watt, Nicholas (3.6.2005): Enthusiasm for 40-year dream begins to wane. <http://www.guardian.co.uk/turkey/story/0,12700,1498337,00.html>
- Sen, Faruk (2003): Probleme und Perspektiven der Türkei auf ihrem Weg in die EU. Essen <http://www.zft-online.de/deutsch.php>
- Soyak, Zeki (2002): Weder der Staat noch die islamischen Kreise in der Türkei sind auf die EU vorbereitet. Aus: *İkadım*, Sept 2002. http://www.bpb.de/popup/popup_druckversion.html?guid=3JQ020
- Tarakcıoglu, Isık (2004): Tekstilisanayiii gelecekte nerede üretecek? <http://www.tekstilveren.org.tr/dergi/2004/kasim/arastirma.html>
- TCMB (Türkiye Cumhuriyeti Merkez Bankası) (2005): Yıllık Raport 2004 <http://www.tcmb.gov.tr>
- TDN (TurkishDailyNews) (4.9.2005): Tarhanlı: Turkey's declaration on Cyprus is a legal thesis <http://www.turkishdailynews.com.tr/article.php?enewsid=22503>
- TDN, 5.9.2005): Erdogan optimistic on start of Turkey's EU talks, says exclusion not 'doomsday' <http://www.turkishdailynews.com.tr/article.php?enewsid=22524>
- Tekstilveren (2005): 2005 Ve sonrasında türk tekstil ve konfeksiyon sektörünün uluslararası pazarlarda rekabet edebilmesi için gerekli mevzuat değişiklikleri ve önlemler <http://www.tekstilveren.org.tr/dergi/2005/subat/arastirma.html>
- Tunalı, İnan (2003): Background Study on Labour Market and Employment in Turkey. Report prepared for the European Training Foundation. <http://www.iskur.gov.tr/mydocu/istihdamdurumraporu/stihdam%20Durum%20Raporu.html>
- TÜRKİS (2004): TÜRKİS Genel Başkanı Salih Kılıç'ın Avrupa Birliği İlerleme Raporu'na ilişkin basın toplantısı metni, 11.10.2004, Ankara. <http://www.turkis.org/tr/icerik/skilicilerlemeraporu.htm>
- TKP (Türkiye Komünist Partisi) (2004): Joint Statement of KKE and TKP Against EU, Dec 2004. <http://www.tkp.org.tr/index.php?kat=591&yazi=1491>
- TÜSEV (Türkiye Üçüncü Sektör Vakfı) (2005): Türk Sivil Toplum Kuruluşları ve AB Reform Süreci. In: *Bul-ten13.doc*, S. 11 <http://www.tusev.org.tr/index.php?sid=B%FCItenler&copelD=83>
- turizmhabercisi (1.8.2004): AB-Normları <http://www.turizmhabercisi.com/popup.asp?NewsID49>
- turkishdailynews (2.12.2004): Patriarch says rights record harms Turk image in EU <http://www.turkishdailynews.com.tr/article.php?enewsid=708>
- Ülgen, Sinan & Zahariadis, Yiannis (2004): The Future of Turkey-EU Trade Relations: Deepening versus Widening. In: *Turkish Policy Quarterly*, Vol. 3, No. 4 http://www.esiweb.org/pdf/esi_turkey_tpq_id_12.pdf
- Uskul, Zafer (2002): Turkey's Democratization And The EU. In: *Turkish Policy Quarterly*, Vol. 1, No.3. http://www.turkishpolicy.com/default.asp?show=articles_3
- Vural, B.E. Volkan (o.J.): AB Türkiye Cumhuriyeti Devletlerine en yakın sistemdir. http://www.abhaber.com/gorus/gr_0023.asp
- Woollacott, Martin (18.12.2004): Despite this deal, the road ahead remains rocky indeed. <http://www.guardian.co.uk/comment/story/0,3604,1376378,00.html>
- World Bank (2005): Data Query Systems <http://devdata.worldbank.org/query/default.htm>
- Yılmaz, Hakan (2005a): Indicators of Euroskepticism in the Turkish Public Opinion by the end of 2003: Basic Findings of a Survey. Forthcoming in: *Placing Turkey in the Map of Europe*, edited by Hakan Yılmaz, Bogaziçi University Press, Istanbul, Sept 2005.
- Yılmaz, Hakan (2005b): Swinging between Euroscepticism and Euroskepticism: Turkish Public's General Attitudes towards the European Union. Forthcoming in: *Placing Turkey in the Map of Europe*, edited by Hakan Yılmaz, Bogaziçi University Press, Istanbul, Sept 2005.
- Zaptcıoglu, Dilek (2004): EU-Beitritt – „Die werden uns doch nie aufnehmen!“ http://qantara.de/webcom/show_article.php?wc_c=297&wc_id=32&wc_p=1
- ZFT (Stiftung Zentrum für Türkeistudien) (o.J.): Tabelle 17: Türkei: Genehmigte ausländische Investitionen nach Ländern. <http://www.zft-online.de>: Ausgewählte Statistiken über wirtschaftliche und soziale Indikatoren der Türkei